

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)

Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Klaus Carsten Pedersen

Dänische Sicherheitspolitik und

Europäische Integration.....128

Marianne Tidick

„Wie das Bergwerk auf dem Flöz“.....138

Jörn-Peter Leppien

„Die schweigende Mehrheit in Aktion“.....142

Michael Klos

Paul Hoffmann: „Auf der Flucht erschossen!“.....147

Jürgen Ostwald

Georg Bleibtreu und sein Gemälde:

„Das Treffen bei Bau 1848“.....152

Umschau ab Seite 161

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21,2398 Harrislee Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 2390 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Gesamtherstellung: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 2390 Flensburg

Dänische Sicherheitspolitik und Europäische Integration

von *KLAUS CARSTEN PEDERSEN**

Zur Lage des Landes

Das eigentliche Dänemark verfügt über etwa die gleiche Fläche wie die Niederlande, die Schweiz oder Estland, aber es unterscheidet sich in seiner Topographie und in seiner Lage. Dänemark hat eine kurze Landesgrenze und Hunderte von Inseln und scheint somit gut geschützt zu sein. Seine Landschaft jedoch ist recht flach und in großem Maße bebaut. Aufgrund vieler Häfen und guter Landungsplätze an den Stränden sowie geringer strategischer Tiefe ist es offen und leicht erreichbar. Seine Hauptstadt mit einem Drittel der 5 Millionen Einwohner liegt genau am Meer - näher zu Rußland als jede andere NATO- oder EG-Hauptstadt. Im Hinblick auf die Seelage ist Dänemark der Korke in der baltischen Flasche, und im allgemeinen wird noch immer die strategische Wichtigkeit der dänischen Meerengen unterstrichen. Ein russischer Stabsplaner aber hätte Dänemark eher als ein Anhängsel der norddeutschen Ebene und als ein potentiell Flankenproblem angesehen - und er hätte einen sehr berechtigten Standpunkt vertreten. Von Norwegen oder England aus betrachtet mögen seine Flugplätze und sein Luftraum die bedeutendsten Merkmale des Landes sein. Somit ist Dänemark strategisch gesehen teilweise ein kontinentaleuropäisches, teilweise ein Ostsee- und teilweise ein Nordsee-Land.

Aber es ist auch ein nordatlantisches Land. Sowohl die Faröer-Inseln als auch Grönland, mit jeweils etwa 50.000 Einwohnern, haben das Selbstverwaltungsrecht unter der dänischen Krone, und ihre Verteidigung, Sicherheit und Außenpolitik liegen zu einem großen Teil in der Verantwortlichkeit der Regierung in Kopenhagen. Im Hinblick auf Verteidigungs- und Sicherheitszwecke erstreckt sich Dänemark von Bornholm in der Ostsee bis nach Thule im Nordwesten Grönlands, eine Entfernung von 4.000 km.

Anmerkungen zur Vergangenheit

Die dänische Meinung über Sicherheit und Verteidigung ist offensichtlich von Dänemarks eigentümlicher Geographie bestimmt worden. Das Aussehen des Landes hat sich jedoch in über 10 Jahrhunderten aufgezeichneter Geschichte mehrfach gewandelt. Während des 11., 15. und 16. Jahrhunderts war Dänemark eine beachtliche Regionalmacht; doch später verlor es nicht nur all seine

* Klaus Carsten Pedersen ist Direktor der Außenpolitischen Gesellschaft (Det Udenrigspolitiske Selskab) mit Sitz in Kopenhagen.

Schutzgebiete, außer den Färöern und Grönland, sondern auch sehr große Teile seines eigenen nationalen Gebietes und der Bevölkerung - an Schweden im 17. und an Preußen im 19. Jahrhundert.

Natürlich hatte auch geschichtliche Erfahrung eine große Wirkung auf das dänische Denken - hierbei spielt jedoch vergangener Ruhm eine weitaus geringere Rolle als die relativ neuen Verluste.

Nach der Niederlage gegen Preußen und seinen österreichischen Verbündeten im Jahre 1864 wurde Dänemark sich der Tatsache bewußt, daß es ein sehr kleines Land war, dessen Integrität und Sicherheit andere nur wenig interessierte. Es wählte die Isolation nicht - aber es fanden sich keine Verbündeten. Aufgrund schwer bewaffneter Neutralität konnte Dänemark sich knapp aus dem Ersten Weltkrieg heraushalten, und die Nachkriegsregierungen verloren alle Hoffnung, daß eine derartige Wiederholung möglich sei. Verzweifelt rüstete Dänemark allmählich ab, und dementsprechend wurde es 1940 vom Hitler-Deutschland überrannt und besetzt.

Dänemark wurde von den Engländern, denen die deutschen Streitkräfte sich am 4. Mai 1945 ergaben, befreit. Die östliche Insel Bornholm mußte die Befreiung zur Sicherheit gleich zweimal über sich ergehen lassen. Die Engländer hatten sich nicht darum gekümmert, jemanden dorthin zu schicken, um die besiegten deutschen Streitkräfte zu übernehmen; so kamen statt dessen die Russen, nachdem sie die zwei größten Städte noch am 7. und 8. Mai bombardiert hatten. Diese Befreiung war äußerst gründlich: die Russen brauchten 11 Monate, um zu entscheiden, daß Bornholm nun so befreit war, daß sie es sicher verlassen konnten. Der Schatten einer neuen Bedrohung lag über Dänemark, und zum Zeitpunkt der kommunistischen Machtübernahme in Prag im Jahre 1948 hatten sich die meisten Dänen eine Meinung darüber gebildet. Sehr bald wußten sie auch, wie sie mit dieser Bedrohung umzugehen hatten.

Lehren aus der Geschichte

1864 war Dänemark eine sehr harte Lektion erteilt worden. Ein kleines Land hat wenig Freunde, wenn es sie wirklich braucht, und ein kleines Land ohne Freunde kann sich nur sehr schwer verteidigen. Die rhetorische Frage „Was nützt es?“ charakterisierte schließlich einen defätistischen Trend in der dänischen Verteidigungspolitik, welcher in zunehmendem Maße während der nächsten 80 Jahre vorherrschte. Es war schwierig, diese Lektion in Vergessenheit geraten zu lassen, und noch immer sind Spuren davon in der dänischen Politik vorhanden.

Nach 1948 wurde Dänemark jedoch eine weitere Lektion erteilt: Bündnisse sind möglich. Zuerst wurde die Durchführbarkeit einer Nordischen Verteidigungsuni-

on erforscht, aber diese Idee wurde schnell aufgegeben. Angesichts des klar ausgesprochenen Mißfallens der Russen sogar an einer kleinen Nordischen Allianz meinte Schweden, daß die Tatsache, unverbündet zu bleiben, die Russen davon abhalten könnte, seine Aufmerksamkeit zu stark auf Finnland zu legen. Norwegen und Dänemark fanden die Vereinbarung zu schwach, wenn sie nicht in irgendeiner Weise von den Westmächten unterzeichnet werden würde. Sie waren vom Meer und vom Westen abhängig und wählten die NATO, und während der folgenden 40 Jahre lernte Dänemark eine weitere Lektion: Bündnisse können funktionieren. Sowohl Dänemark als auch Norwegen gehörten zu den ursprünglichen NATO-Mitgliedern, aber beide hatten Vorbehalte gegenüber ausländischen Stützpunkten und gegenüber Atomwaffen, die sie in Friedenszeiten nicht auf ihrem Gebiet wünschten. Man wollte aufgrund der Nähe beider Länder zu wichtigen russischen Verteidigungsgebieten, Abschreckung mit einem Element der Beruhigung verbinden. Die dänische Verteidigungsdebatte ist — wenn sie sich nicht um Geld drehte - wesentlich von der Suche nach der richtigen Mischung von Abschreckung und Beruhigung oder, um es deutlicher zu sagen, von Bestimmtheit und Beschwichtigung bestimmt worden. Dies mag in den meisten Ländern der Fall sein, aber ein kleines Land, das auf der Schwelle zu einem sehr großen Gegner liegt, neigt höchstwahrscheinlich ein wenig zur Seite der Absicherung, selbst wenn die Mitgliedschaft in einem Bündnis den Umfang der Einschüchterung von außen und somit wahrscheinlich auch den Druck zur Beschwichtigung verringert. Im großen und ganzen funktionierte die Politik, und Dänemark (sowie auch Norwegen) festigte seinen Platz in der NATO, wobei es an der integrierten Befehlsstruktur teilhatte und die Pläne und Strategien unterstützte.

Die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und dem Westen und die Entscheidungen, die sie den nordischen Ländern auferlegte, hielt diese davon ab, die enge Union, die viele Bürger wollten, zu erreichen. Einige der zahlreichen Verbindungen wurden in einer formalisierten Art und Weise unter der Schirmherrschaft des Nordischen Rates (engl. „Nordic Council“) entwickelt, aber Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten waren ausgeschlossen.

Warum die NATO?

Die NATO tat im wesentlichen zwei Dinge für Dänemark. Sie half diesem kleinen und ungeschützten Land, mit der neuen Bedrohung aus dem Osten fertigzuwerden, und sie half den Dänen, Befürchtungen über eine mögliche Erneuerung von früheren Bedrohungen aus dem Süden zurück zu drängen. Man sah die USA als jene Kraft, die eine notwendige Rolle in beiden Richtungen spielte: als das Hauptabschreckungsmittel gegen russische Aggression und als Dämpfer sowohl für potentielle destabilisierende Rivalitäten zwischen den wichtigsten

westeuropäischen Mächten als auch für mögliche politische Ziele, die Dänemark nicht verfolgt.

Außerhalb des Rahmens der NATO spielte Amerika auch eine andere wichtige Rolle in der dänischen Sicherheitsordnung. Da Grönland für das amerikanische Frühwarnsystem von großer Bedeutung war (und am Anfang auch als Stützpunkt für strategische Bomber in Frage kam), es aber gleichzeitig unmöglich für Dänemark war, die Insel zu verteidigen, trat Dänemark in ein bilaterales Verteidigungsbündnis mit den USA ein, welches es diesen erlaubte, amerikanische Verteidigungsanlagen auf Grönland aufzustellen. Dies bedeutet nicht, daß Dänemark seine transatlantische Verteidigung völlig in amerikanische Hände gelegt hat. Die dänische Marine allein ist das ganze Jahr über in den arktischen Gewässern östlich und westlich von Grönland präsent - eine Aufgabe, für die ein Drittel der Ressourcen an Menschen und Material aufgewendet werden muß.

Zurückhaltung gegenüber Europa

Obwohl die dänische NATO-Mitgliedschaft und auch die amerikanische Präsenz auf Grönland gelegentlich Anlaß für politische Debatten gegeben haben, blieb beides im Wesentlichen unbestritten. Die Dänen sind eher unwillig gewesen, sich in europäisches Fahrwasser zu begeben. Diese relative Unwilligkeit beruht z.T. auf der Angst der kleinen Macht, in der Umarmung großer Nachbarn zu ersticken, z.T. auch auf dem Unwillen, sich ohne die anderen nordischen Nachbarn zu verbünden. Es gab - und gibt vielleicht immer noch - einen leisen Verdacht, daß die herrschenden europäischen Mächte den Wunsch haben, Europa in eine Richtung zu lenken, in die die Dänen nicht gehen wollen. Wie dem auch sei, als Großbritannien 1973 schließlich der EG beitrug, zog Dänemark auf der Basis eines Referendums, das Ende 1973 abgehalten worden war, mit. Dieses Referendum wies eine große Mehrheit für den gemeinsamen Eintritt mit Großbritannien aus. Das Hauptmotiv war die Vermeidung einer Trennung von seinen beiden größten Exportmärkten (die BRD und Großbritannien), und der Eintritt wurde den Wählern als rein ökonomische Angelegenheit „verkauft“. Nur sehr schrittweise haben die Dänen die Vorstellung entwickelt, daß sogar eine europäische *politische* Kooperation eine gute Sache sein könnte. Und nur schrittweise wurde diese Kooperation nicht nur als ein Mittel zur reaktiven Abwehr unangenehmer Entwicklungen gesehen, sondern auch als ein Mittel des aktiven Einsatzes für dänische Interessen. Aber bevor Dänemark die Europäische Einzelakte (engl. „European Single Act“) 1987 ratifizieren konnte, mußte ein Referendum abgehalten werden, und die europäische politische Zusammenarbeit wurde den Wählern als eine hauptsächlich konsultative und ausschließlich außenpolitische Angelegenheit ohne Bezug zur Verteidi-

gung oder Sicherheit „verkauft“. Dänemark ist nicht Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU). Bevor es 1973 mit Großbritannien und Irland der EG beitrug, stand die dänische Mitgliedschaft nicht zur Debatte, und während der 70er Jahre lag die WEU im Winterschlaf. Als sie 1984 wiedererweckt wurde, lag einer der Gründe wahrscheinlich darin, daß die führenden europäischen Mächte in ihren Versuchen, die EPC (European Political Cooperation) zu festigen, fehlgeschlagen waren, nicht zuletzt aufgrund des dänischen Widerstandes; somit hatte die dänische Mitgliedschaft für niemanden einen besonders hohen Stellenwert.

Fußnoten

Zu dieser Zeit wurde Dänemark innerhalb der NATO als ziemliches Hindernis betrachtet - als irgendein Partner, eine „Fußnoten-Nation“ - weil es begonnen hatte, sich von der Hauptrichtung der westlichen Sicherheitspolitik durch oft abweichende Ansichten zu distanzieren. Die „Fußnoten“ waren ein Zwischenspiel, aber in den Augen der meisten flüchtigen Beobachter wurden sie - und sind es noch - das krönende Charakteristikum der dänischen Bündnispolitik. Daher scheint ein kurzer Blick auf das, was passiert ist, gerechtfertigt zu sein.

33 Jahre lang hatte Dänemark - auf der Basis einer inländischen Fast-Einigkeit bezüglich der Sicherheit und Verteidigung - nur wenig Probleme, sich der herrschenden Übereinstimmung innerhalb des Bündnisses in bezug auf alle wesentlichen Fragen anzuschließen. Aber Ende des Jahres 1982 brach diese politische Tradition aus Gründen, die eher inländische interne Machtkämpfe als externe Faktoren betrafen, zusammen. Im August desselben Jahres streckte die sozialdemokratische Minderheitsregierung vor der Wirtschaftsfrage die Waffen und legte die Arbeit nieder. Eine Mitte-Rechts-Minderheitsregierung wurde gebildet. Sie brauchte und bekam die Unterstützung der kleinen Radikalen Partei für die wirtschaftlichen Kernfragen. Innerhalb des politischen Spektrums befindet sich die Radikale Partei in dem Bereich, der als „extremes Zentrum“ bezeichnet werden könnte, aber ihre pazifistischen Ursprünge haben sie meist von dem allgemeinen Konsens hinsichtlich Sicherheit und Verteidigung im dänischen Parlament ferngehalten.

Daß die Radikalen die neue Mitte-Rechts-Regierung in dieser Beziehung nicht unterstützen konnten, war erwartet worden und hätte auch nichts ausgemacht, wenn die Sozialdemokraten - nun in der Opposition - zu der Sicherheitspolitik, die sie als Regierung vertreten hatten, gestanden hätten, aber das taten sie nicht. Sie brauchten in der Opposition ein Profil, und nachdem sie sich gerade von dem gewohnten Schlachtfeld der Wirtschaft zurückgezogen hatten, konnten sie der Versuchung nicht widerstehen, die Aktion in die politische Schutzinsel der Sicherheit zu führen, indem sie einfach eine 180-Grad-Drehung weg

von ihrer vorherigen Politik vollführten. Sie konnten auf automatische, wenn nicht enthusiastische Unterstützung der Radikalen zählen und somit auf eine Mehrheit im Parlament auf diesem einen Gebiet.

Zu dieser Zeit waren auch andere sozialdemokratische Parteien in Westeuropa in der Opposition gelandet, vor allem und am deutlichsten die deutsche SPD, und sie taten genau das gleiche. Dies war die Blütezeit der Friedensbewegungen, und es schien Stimmen zu geben, die eher eine Übereinkunft mit den Russen suchten als ein Standhalten ihnen gegenüber. Die sozialdemokratischen politischen Planer entdeckten pflichtgetreu ihre pazifistischen Wurzeln wieder und piffen auf die NATO, den NATO-Doppelbeschluss und die amerikanische Politik insgesamt, während sie zur gleichen Zeit versuchten, ihre eigenen Verhandlungen mit den führenden Kommunisten auf einer „Von-Partei-zu-Partei“-Grundlage zu führen. Eine alternative Auslegung dieser Entwicklungen, wie sie von einigen Analytikern und vielen Sozialdemokraten vorgeschlagen wird, geht eher in die folgende Richtung: Für mehr als eine Generation waren die Sozialdemokraten getrennt von ihrem wahren sicherheitspolitischen Selbst aufgrund der Ost-West-Konfrontation, aber in den frühen 80er Jahren wurden sie von den äußeren Umständen wieder auf den richtigen Kurs gebracht. Zufällig haben die oppositionellen Sozialdemokraten zu dieser Zeit einen klareren Blick dafür entwickelt, wie man vernünftig mit den Russen umgehen möchte, und anders als die westeuropäischen Regierungen hatten sie auch die Integrität und den Mumm, sich gegen den großen amerikanischen Bruder aufzulehnen.

Die dänischen Sozialdemokraten unterschieden sich in einem interessanten Aspekt: ihre in hohem Maße kritische Einstellung zu Amerika und seiner Politik wurde nicht durch Enthusiasmus für eine europäische Alternative begleitet. Und eine weitere dänische Besonderheit war die winzige Radikale Partei, deren Unterstützung es möglich machte, daß die damals in fast allen westlichen Ländern üblichen sozialdemokratischen Ansichten den Status und die Bedeutung von NATO-„Fußnoten“ erhielten.

Das Ende der Fußnoten

Da die Wirtschaft höchste Priorität hatte, nahm es die Regierung in Kauf, für mehr als 5 Jahre mit der Erniedrigung einer Sicherheitspolitik, hinter der sie ganz und gar nicht stand, zu leben. Aber im April 1988 rief sie schließlich Wahlen zur Frage der Sicherheitspolitik auf - zu Friedenszeiten in den meisten Ländern ein höchst ungewöhnliches Ereignis. Es wurden nicht viele Wählerstimmen verschoben, aber die Radikalen ergriffen die Gelegenheit und verließen die „alternative Mehrheit“. Sie hatten es satt, regelmäßig in den Oppositions-Kleinkrieg mit einer Regierung, die sie in fast allen Nicht-Sicherheitsfragen

unterstützten, gedrängt werden, und sie waren sich schon lange bewußt, daß die Fußnoten nur sehr wenig für die Radikalen oder für Dänemark oder den Weltfrieden bewirkten. Also modifizierten sie ihre traditionelle Anti-Verteidigungspolitik und traten in die Regierung ein.

Die „alternative Mehrheit“ hatte ein Ende, und nachdem sie ein paar Monate den Seitenlinien geschmolzt hatten, kehrten die Sozialdemokraten auf das Spielfeld zurück. Sie wurden in dem dreijährigen Verteidigungsübereinkommen von 1989 bis 1991 mit weitaus mehr Freude als Schadenfreude als Partner willkommen geheißen, und ein merkwürdiges Zwischenspiel in der Geschichte der da sehen Außen- und Sicherheitspolitik der Nachkriegszeit ging zu Ende.

Die beiden Hauptakteure wurden beschuldigt, zu wenig Verantwortung gezeigt haben - die Sozialdemokraten, weil sie die Fußnoten durchgesetzt hatten, und Regierung, weil sie sich zu lange damit abgefunden hatte, bevor sie endlich Wahlen einberief. Aber die ersteren scheinen genauso gehandelt zu haben wie ihre sozialdemokratischen Mitstreiter in anderen westeuropäischen Ländern, und letztere unterstrich, daß sie das Beste aus einer schlechten Situation gemacht habe - eine Meinung, die wahrscheinlich von den anderen Regierungen der NATO, bemerkten, daß die politische Situation für die meisten von ihnen nur unwesentlich anders war, geteilt wurde. Grundsätzlich ist natürlich zu sagen, daß in jedem normalen demokratischen Land in Friedenszeiten Verteidigung und Sichert auf der Liste der politischen Prioritäten ziemlich weit unten stehen.

Zurückgewonnene Einigkeit

Die dänische „Fußnotenpolitik“ hatte 1982-83 eine Weile gebraucht, um Aufmerksamkeit der Alliierten zu gewinnen, und diese brauchten lange, um Dänemarks Rückkehr in die Normalität in den Jahren 1988-89 zu bemerken. So mag es an der Zeit sein, zusammenzufassen, worin die Normalität in den dänischen Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten besteht: breite politische Einigkeit basierend auf solider öffentlicher Unterstützung der dänischen Verteidigt und der Mitgliedschaft in der NATO.

Jedes Jahr seit 1949 hat Gallup die Dänen gefragt, ob sie für oder gegen die dänische Mitgliedschaft in der NATO seien. Bis Mitte der siebziger Jahre waren Durchschnitt 50% dafür. Während der letzten 10 Jahre lag dieser Durchschnitt etwa 60% mit einem Aufwärtstrend. Weniger als 20% sind dagegen, und hier g der Trend leicht nach unten. Und sogar noch mehr Menschen als die dänische NATO-Mitgliedschaft unterstützen, glauben, daß Dänemark seine eigenen Verteidigungsstreitkräfte braucht.

Vor dem Hintergrund einer solchen öffentlichen Meinung ist es nicht überraschend, daß eine politische Übereinstimmung, die so groß ist, daß sie an Kon-

sens heranreicht, die Regel gewesen ist, während die Fußnoten die Ausnahme waren. Im August 1988 wurde spontan eine Verteidigungskommission gegründet, um langfristige Prognosen zu erstellen. Sie erstattete im Januar 1990 Bericht, wobei nur eine Partei (die Sozialistische Volkspartei) die Ergebnisse nicht unterstützte.

Blick nach vom

Die bedeutenden Veränderungen in Osteuropa und im Warschauer Pakt fanden gerade statt, als die Verteidigungskommission ihre Arbeit beendet hatte, und die an sich schon undankbare Aufgabe, zukünftige Sicherheitsentwicklungen zu erahnen, wurde fast völlig unmöglich. Eine Einschätzung der Bedrohung, die Ende 1988 sehr realistisch erschien, war Anfang 1990 veraltet. Aber die meisten der Hauptergebnisse sind noch gültig:

Es besteht Übereinstimmung darin, daß die gesamte Planung der dänischen Verteidigung die fortgesetzte Mitgliedschaft Dänemarks in der NATO als ihren Ausgangspunkt nehmen wird.

Man ist sich bewußt, daß eine der Hauptaufgaben darin bestehen wird, ein Maximum an Flexibilität innerhalb der Verteidigungsstrukturen, der Waffen, der Ausbildung und der Planung zu erreichen.

Man ist sich bewußt, daß das Maß des Aufwands an Ressourcen für die dänische Verteidigung relativ gering ist, obwohl nicht so gering, wie es oft dargestellt wird. Man will zugleich einen vernünftigen und gut durchdachten Ansatz aufrecht erhalten, um einen relativ hohen Grad an Effektivität sicherzustellen.

Man ist sich bewußt, daß der dänische Einfluß notwendigerweise begrenzt sein wird, wenn es heißt, das europäische Sicherheitsnetz zu spinnen, aber wieviel Einfluß Dänemark tatsächlich haben wird, hängt hauptsächlich von seinem Einfluß auf die Entscheidungsfindungen in der NATO ab, welcher wiederum nicht nur auf der Schlagkräftigkeit der dänischen Argumente beruht, sondern auch darauf, wie der Beitrag Dänemarks als Verbündeter von den Partnern aufgenommen wird. Aufsehenerregende öffentliche Abweichungen von vereinbarter NATO- Politik sind nicht zu erkennen.

Es bestehen Erwartungen, daß die sich entwickelnden kooperativen Verbindungen zwischen Ost und West und zwischen den KSZE-Staaten allgemein (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) Möglichkeiten für eine Senkung der Verteidigungsausgaben ohne jegliche Verminderung der Sicherheit eröffnen werden. Es herrscht Einigkeit darüber, der Entwicklung der CFE (Conventional Forces in Europe) zu folgen, ohne ihr vorauszuweichen, und es besteht Übereinstimmung, daß Senkungen der Ausgaben als vereinbarter Beitrag zu allgemeinen Lösungen und nicht im Alleingang gemacht werden.

Eine europäische Säule?

Wo steht nun die europäische Säule? Und deutlicher, warum ist Dänemark nach dem Zusammenfall der Fußnotenpolitik nicht der Westeuropäischen Union (WEU) beigetreten? Viele Dänen glauben, daß die Westeuropäische Union eine automatischere und weitreichendere Verpflichtung mit sich bringt, als die NATO sie verlangt. Es ist möglich, die Vertragstexte entsprechend dieser Sichtweise auszulegen. Aber in der gegenwärtigen politischen und militärischen Praxis stellt sich die NATO natürlich als das bei weitem bedeutendere Bündnis heraus.

Es besteht weiterhin das Argument, daß die WEU als Abschußrampe für europäische Großmachtambitionen mißbraucht werden *könnte*, und daß sie - besonders von Frankreich - für den Versuch, Europa von den USA zu trennen, mißbraucht werden *wird*. Diese Meinung wird von vielen Gegnern, aber auch von vielen Anhängern der dänischen Mitgliedschaft in der WEU vertreten. Die Anhänger glauben, daß Dänemark allein durch die Tatsache seiner Mitgliedschaft diese Entwicklung verhindern könnte. Es gibt kaum einen Dänen, der eine rein europäische Verteidigungslösung will, einige wollen eine reine NATO-Lösung, aber die meisten wollen nicht zu einer Wahl gezwungen werden - entweder weil sie weder die NATO noch die WEU wollen (typisch für den sozialistischen Standpunkt) oder weil sie beides wollen. Wieder haben die Sozialdemokraten eine Schlüsselposition. Wie ihre norwegische Schwesterpartei unterstützen sie die NATO, aber anders als die Norweger sind die dagegen, der WEU beizutreten. Dies ist nicht einfach zu erklären. Einige sagen, daß dies auf eine traditionelle pazifistische Strömung in der dänischen Partei zurückzuführen sei. Andere Stimmen sagen, es sei ein Echo der Fußnoten - nur diesmal sei die Sicherheitspolitik nicht die Geisel von Oppositionstaktiken, sondern von politischen Machtkämpfen innerhalb der Partei.

Im Moment ist die Lage so, daß Dänemark die NATO-Verbindung einer engeren westeuropäischen Sicherheitsvereinbarung vorzieht. Und die Stimmen für die NATO sind nach dem Ende der Sowjetunion nur noch lauter geworden, weil die NATO sich schnell im richtigen Maße den neuen Bedingungen angepaßt hat - nicht zuletzt mit der Einrichtung des Nordatlantischen Kooperationsrates (engl. „North Atlantic Cooperation Council“). Hier liegt die Grenze der dänischen Einigkeit. Die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union wird so lange auf sich warten lassen, wie die Sozialdemokraten ihre Führungsprobleme auszutragen haben.

In den letzten Jahren sah es tatsächlich so aus, als ob das Konzept der westeuropäischen Integration nach und nach in Dänemark Anhänger finden würde, aber das knappe Nein zum Vertrag von Maastricht im Referendum vom Juni 1992 zeigte, daß das noch ein langer Weg ist. Doch die Umstände ändern sich schnell, und schon werden völlig neue Sicherheitsstrukturen diskutiert - zuerst und vor allem ein weiter gefaßtes und lockereres europäisches Sicherheitsar-

rangement, basierend auf der Entwicklung der KSZE und deren Länder. Dies weist in die Richtung eines Europakonzeptes, das mehr Sinn macht als ein „Europa vom Ural zum Atlantik“, nämlich ein „Europa von Vancouver bis Vladivostok“. Das liegt jedoch nicht gerade nebenan.

Übertragung aus dem Englischen: Isod Bötzel
Flensburger Tageblatt, 14.12. 1992

„Wie das Bergwerk auf dem Flöz“

Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte nimmt seine Arbeit auf *

von *MARIANNE TIDICK*

Am 11. Juli 1989 habe ich das Prinzenpalais nach damals gut sieben Jahren Bauzeit seiner Bestimmung übergeben. Inzwischen hat sich hier viel getan. Das Landesarchiv ist voll funktionsfähig.

Es wurde eine außerordentlich vernünftige und ansprechende Lösung gefunden. Die historischen Räume wurden für den öffentlichen, repräsentativen und Verwaltungsbereich restauriert und ein sich gut anpassender Neubau - sehr teuer und sehr gut - für die archivischen Funktionsbereiche errichtet.

Die für das Landesarchiv gefundene Lösung hat sich als ein Glücksfall auch für das neue Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte erwiesen, und zwar in doppelter Hinsicht: Einmal können hier die Beschäftigten dieses Instituts in einer beneidenswerten Umgebung arbeiten. Zum anderen - was viel wichtiger ist - haben sie viele wichtige Materialien für ihre Arbeiten direkt im Landesarchiv zur Verfügung: sie sitzen hier wie das Bergwerk auf dem Flöz! Warum dieses Institut gerade auf die enge Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv angewiesen ist, ergibt sich aus den Aufgaben des Instituts.

Nach dem Statut des Instituts sind diese die Erforschung

- der Geschichte des Nationalsozialismus einschließlich seiner Vor- und Nachgeschichte
- der Geschichte der Demokratisierung
- der Wirtschafts- und Sozialgeschichte
- der Mentalitätsgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie
- der politischen Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein.

Für all diese Forschungsaufgaben bietet das Landesarchiv unendlich viele bisher überhaupt noch nicht ausgewertete Quellen. Hier ist auch ein idealer Standort, die genannten Aufgabenfelder unter landes-, regional- und lokalgeschichtlichen Aspekten und im Kontext insbesondere mit der dänischen Geschichte zu erforschen. Mindestens so wichtig wie die Forschung ist es, daß das Institut auch seine Forschungsergebnisse darstellt und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich macht: gerade heute!

Das Institut wird beraten und „ergänzt“ von einem Kuratorium aus Vertreterinnen und Vertretern vornehmlich der Wissenschaft, die sich mit den zu lösenden

Aufgabenfeldern schon jetzt beschäftigen oder den Kontakt zu einschlägigen Einrichtungen sicherstellen können. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Lande, über die Landesgrenzen hinaus und auch zu Einrichtungen in Dänemark ist unverzichtbar.

Bezüge zu anderen Geistes- und Sozialwissenschaften wie der Philosophie, der Politikwissenschaft und der Soziologie sind für die geschichtswissenschaftliche Forschung von allergrößter Bedeutung. Darüber hinaus wollen wir hier auf keinen Fall eine Wissenschaft im Elfenbeinturm betreiben. Deswegen ist auch besonders bedauerlich, daß die Christian-Albrechts-Universität im Kuratorium nicht vertreten ist.

Ich danke allen Vertreterinnen und Vertretern des Kuratoriums, insbesondere ihrem Sprecher, ebenso aber auch den beiden externen Mitgliedern, Herrn Dr. Bekker-Christensen als Vertreter dänischer Forschungseinrichtungen und Herrn Professor Hertz von der Universität Siegen.

Mein Dank und meine Anerkennung gelten auch der Pädagogischen Hochschule Flensburg, die sich sofort bereit erklärt hat, das neu zu gründende Institut als sogenanntes An-Institut verwaltungsmäßig zu unterstützen.

Die Hochschule hat mit dem Institut eine besondere Verantwortung übernommen: Sie wirkt neben dem Kuratorium an dem Berufungsverfahren der Direktorinnen und Direktoren, sofern sie Professorinnen und Professoren sind, mit. Immerhin haben wir heute zwei Direktoren des Instituts schon unter uns: Herrn Professor Wulf und Herrn Dr. Körte.

Von vornherein war allen Beteiligten klar, daß das Institut für Zeit- und Regionalgeschichte nicht losgelöst von einer Hochschule gegründet werden sollte. Mit der Anbindung an die Pädagogische Hochschule Flensburg als An-Institut wird einerseits die notwendige Selbständigkeit erhalten, andererseits können z.B. leichter Drittmittel eingeworben und die Einbindung in die Wissenschaft gewährleistet werden.

Ich denke, die jüngsten politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland - aber auch in Schleswig-Holstein - verbieten die Frage, warum eigentlich gerade jetzt ein solches Institut aufgebaut wird, wo doch die mehr als begrenzten Mittel für andere zukunftsgerichtete Aufgaben einzusetzen sind, wie etwa dem Aufbau der technischen Studiengänge in Kiel und Lübeck oder dem Ausbau der Fachhochschulen einschließlich der Neugründung der Fachhochschule Heide? Darüber hinaus war unstrittig für viele, daß wir hier - gerade - in Schleswig-Holstein einen erheblichen Nachholbedarf haben und endlich die Geschichte der jüngeren Zeit ernsthaft wissenschaftlich aufarbeiten und der Forschung zugänglich machen müssen.

Die aktuellen Zeichen an der Wand mehren sich: Hoyerswerda, Rostock, Cottbus,... Die erschreckenden Ausbrüche der Gewalt gegen Asylbewerberinnen und Bewerber, die Attacken gegen jedes Fremde beruhen zwar im wesentli-

chen auf Hilflosigkeit und Unwissen - auch auf Neid und Selbstmitleid. Unwissenheit ist der Nährboden für die Entwicklung antidemokratischer und menschenverachtender Herrschaftssysteme.

Hai Schule, haben Lehrkräfte und Bildungspolitik an den Anforderungen der Demokratie vorbei erzogen? Alarmierend ist das vor wenigen Tagen in der Bildung veröffentlichte Ergebnis einer telefonischen Meinungsumfrage zum Thema „Wen wünschen Sie sich als Kanzler?“

Mit fast 40 Prozent der Stimmen liegt der Vorsitzende der rechtsradikalen „Republikaner“ deutlich vor den Spitzenpolitikern der demokratischen Parteien. Sicherlich ist das Ergebnis nicht repräsentativ - eine Warnung für den demokratischen Rechtsstaat und die ihn repräsentierenden Politikerinnen und Politiker ist es allemal. In einer Pressemitteilung vom heutigen Tage schreibt die DVU-Fraktion im Schleswig-holsteinischen Landtag, daß sie am Besuch der KZ-Gedenkstätte Neuengamme teilnehmen werde und in diesem Zusammenhang „auf juristisch ungesühnte und zeitgeschichtlich nicht hinreichend aufgearbeitete Holocaust-Verbrechen der Siegermächte hinweisen“ wolle.

Nicht nur das Ausland erfaßt bei den jüngsten Entwicklungen - auch im schleswig-holsteinischen Landtag - fatale Erinnerungen an die Zeit des Entstehens des Nationalsozialismus.

Uns trifft hier eine besondere Verantwortung aus unserer Geschichte. „Die Geschichte des Nationalsozialismus“, so Karl Dietrich Bracher, „ist die Geschichte seiner Unterschätzung.“

Diese Geschichte müssen wir allgegenwärtig haben und allgegenwärtig machen, um frühzeitig die Symptome eines autoritären und menschenverachtenden Herrschaftssystems zu erkennen und zu bekämpfen. Wir benötigen dazu detaillierte Kenntnisse über die Bewältigung der Probleme der von einem totalitären Herrschaftssystem betroffenen Menschen als Täter, Mithelfer, Mitläufer oder Opfer. Dies zeigt auch die schwierige Debatte über die Tätigkeit von Helfern der Stasi. In dem Wissen, daß genaue Kenntnisse über das Entstehen und über die spätere Bewältigung von totalitären Herrschaftssystemen erforderlich sind, hat 1955 und 1989 die SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Große Anfrage zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Schleswig-Holstein gestellt. Unter anderem der Diskussion über die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte und ihrer Nachgeschichte in Schleswig-Holstein, die durch diese Anfrage ausgelöst worden ist, und einer weiteren Großen Anfrage der SPD zum Rechtsextremismus verdankt das Institut seine Entstehung - aber natürlich zuvorderst dem dieser Anfrage schon zugrundeliegenden kritischen Wissen um die langjährige Verdrängung dieser schleswig-holsteinischen Geschichte.

Damals wurde deutlich, daß, im Gegensatz zu anderen Ländern, die Wirkungen der nationalsozialistischen Zeit in Schleswig-Holstein nach 1945 - wiewohl

intensiv vorhanden - wenig untersucht worden sind. Warum dies so ist, ist eine wichtige Frage.

Sie kann nicht allein mit den Feststellungen beantwortet werden,

- daß Schleswig-Holstein 1933 eine Hochburg des Nationalsozialismus war
- daß Schleswig-Holstein Zufluchtsort der letzten Reichsregierung und vieler Dienststellen war
- daß es mit 44,5% den höchsten Flüchtlingsanteil aller Länder hatte
- daß der öffentliche Dienst 50% von Personen des öffentlichen Dienstes aus der NS-Zeit übernommen hat, obwohl das Ausführungsgesetz zum Art. 131 des Grundgesetzes nur eine Quote von etwa 20% vorsah!

Ich stelle mit Befriedigung fest, daß es in der Debatte zur Großen Anfrage über den Rechtsextremismus im Landtag über die Gründung unseres heute einzuweihenden Instituts Konsens gab. Die Landesregierung wertet die Große Anfrage der Fraktion der SPD von 1989 als Aufforderung und Herausforderung, die NS-Vergangenheit und deren Nachgeschichte in Schleswig-Holstein aufzuarbeiten und in kritischer

Auseinandersetzung rechtsextremistischer Ideologien - insbesondere antisemitisch und ausländerfeindlicher Parolen und Aktionen - entgegenzutreten.

Sie versteht diesen Auftrag auch als eine bildungspolitische Aufgabe, die nur im Zusammenwirken von Forschung und Einrichtungen der Schul-, Jugend-, Erwachsenen- und Familienbildung sowie in der Förderung und Unterstützung entsprechender Initiativen von Vereinen und Gruppen bewältigt werden kann.

Zur Gründungsgeschichte dieses Instituts gehört aber auch die Initiative und die beharrliche Vorarbeit von drei historischen Vereinigungen, die sich schon vorher intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus in unserem Lande befaßt und die Gründung dieses Instituts sehr früh angeregt haben.

Ich möchte hier ausdrücklich dem Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins und dem Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein und damit auch dem großen Anreger Kurt Hamer danken.

Ich wünsche diesem Institut eine „treffliche“ Hand in der Auswahl der Themen und in ihrer Aufarbeitung - vor allem: eine breite Wirkung in der Darstellung und Vermittlung der Arbeitsergebnisse. Wir brauchen Sie/sie dringend.

„Die schweigende Mehrheit in Aktion“

Demonstration Flensburger Schulen für die Wahrung der Menschenrechte

von JÖRN-PETER LEPPHEN

Unter der Überschrift „Die schweigende Mehrheit in Aktion“ berichtete Flensburg Avis¹ über die größte Demonstration, die Flensburg und die Grenzregion in den letzten Jahrzehnten erlebte. Diese historische Bedeutung und vor allem das Anliegen der Demonstranten, „für die Wahrung der Menschenrechte in Deutschland“ und „gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt“ öffentlich aufzutreten, ist Anlaß genug, die Leser der Grenzfriedenshefte über diese Veranstaltung von politischem Gewicht zu informieren.

Die als Schweigemarsch durchgeführte Demonstration fand am Montag, dem 9. November 1992 statt, einen Tag nach der vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker initiierten Berliner Großveranstaltung, die durch die Berichterstattung über die Aktionen weniger Störer in ein falsches öffentliches Licht getaucht wurde.

Die Demonstration in der Fördestadt geht auf die Initiative des Leiters der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg, Oberstudiendirektor Henry Mohrdieck, zurück. Bereits im Oktober 1991 hatte er sich zusammen mit dem Elternbeiratsvorsitzenden, der Vorsitzenden des Personalrats und der Schülersprecherin in einem Brief an die Schulöffentlichkeit gewandt². Es heißt dort:

„Täglich erfahren wir in den Medien von zunehmender Gewalt und offenem Haß gegen Ausländer. Beschädigung von Eigentum, Beschimpfungen, Körperverletzungen, sogar Morddrohungen und Mordversuche geschehen in allen Teilen unseres Landes und können auch in unserer unmittelbaren Nähe nicht ausgeschlossen werden.

Die Schule darf dazu nicht schweigen!

Selbst wenn die Untaten gegenüber Ausländern von Minderheiten der Bevölkerung begangen werden, werden sie doch von zu vielen geduldet und zeigen offen und eindeutig die Merkmale rassistischen und menschenverachtenden Verhaltens, das uns zum Protest aufrütteln und zur sachlichen Argumentation verpflichten muß.

Gewalt und Haß - latent verborgen, blind geduldet oder brutal praktiziert - haben in der Vergangenheit unvorstellbares Leid über die Menschen gebracht; Gewalt und Haß lösen auch heute keine Probleme; sie sind sinnlos und inhuman; sie zerstören nach außen das Verständnis der Völker füreinander und schaffen nach innen ein Klima, in dem die Unverletzlichkeit des Einzelnen nicht mehr gewährleistet werden kann.

Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Eltern, die Gemeinschaft der Auguste-Viktoria-Schule, müssen sich verpflichtet fühlen, sich sachlich mit den Erscheinungen der Gewalt und des Hasses gegenüber Ausländern auseinanderzusetzen, die Folgen intoleranten Denkens und inhumanen Handelns deutlich zu machen, der verharmlosenden Relativierung entgegenzutreten und jede Verletzung der Menschenrechte als Mißachtung des höchstwertigen Grundsatzes unserer Gesellschaft zu verurteilen.

Die Ereignisse der jüngsten Zeit dürfen uns nicht allein nur betreffen machen; sie müssen uns aus dem Schweigen herausholen, erneute Verdrängung nicht zulassen und uns fordern, die sachlich klärende Auseinandersetzung zu suchen, deutlich abwehrende Standpunkte anzunehmen und damit dem wichtigsten Ziel aller erzieherischer Arbeit gerecht zu werden: der Achtung der menschlichen Würde.“ Dieser leidenschaftliche und zugleich streng rational begründete Appell von 1991 hat seine Wirkung auf die tägliche Schularbeit nicht verfehlt; Kernsätze daraus wurden zudem als beispielhaft in einer Verlautbarung des Kultusministeriums zitiert³.

Die Eskalation der Gewalt gegen Ausländer in Deutschland während der folgenden Monate, der offene oder versteckte Beifall mancher Bürger und Bürgerinnen und das betroffene Schweigen der Bevölkerungsmehrheit, riefen den Flensburger Schulleiter Henry Mohrdieck erneut auf den Plan. Unter Hinweis auf seinen Vorstoß von Oktober 1991 trat Mohrdieck in einem Brief an die Schulgemeinschaft vom September 1992 nun dafür ein, Über die Schule hinaus aktiv zu werden: „Vor knapp einem Jahr haben wir in einem Brief an die Schulgemeinschaft bekundet, daß die Schule zu der Gewalt und dem offenen Haß gegen Ausländer nicht schweigen dürfe.

Seit damals haben die Ausschreitungen dieser Art noch zugenommen; menschliches Leid, Morddrohungen und Mordversuche, Sachbeschädigungen und Schädigung des Ansehens unseres Landes sind an der Tagesordnung.

Ich appelliere deshalb erneut an Sie alle, sich im Unterricht und im Gespräch miteinander sachlich mit den Erscheinungen und Folgen der Gewalt und des Hasses gegenüber Ausländern auseinanderzusetzen und verharmlosenden Relativierungen durch deutliche persönliche Stellungnahmen entgegenzutreten.

Dieses müssen wir als Kern unseres Erziehungsauftrages betrachten.

So wie die Ereignisse sich entwickeln, müssen wir nach meiner Auffassung aber mehr tun. Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Elternbeirats, dem Personalrat, mit der Schülersprecherin, der Gleichstellungsbeauftragten, dem Vorsitzenden der Fachschaft Geschichte und den Mitgliedern der Schulleitungsrunde bitte ich deshalb darum, *den Vorschlag zu unterstützen, daß von der Auguste-Viktoria-Schule die Initiative ausgeht, durch eine Demonstration in der Stadt gegen Ausländerfeindlichkeit öffentlich aufzutreten.*

Die Schule darf nicht schweigen, haben wir vor einem Jahr bekannt; ich meine,

sie muß *jetzt ein deutlicheres Signal des Handelns geben*, - auch um unseren ausländischen Mitschülerinnen und Mitschülern und deren Eltern das Gefühl zu vermitteln, daß sie nicht allein stehen.“

Dieser Aufruf wurde an der Auguste-Viktoria-Schule vorbehaltlos unterstützt. Bei fast allen anderen Schulen Flensburgs und der näheren Umgebung sowie bei weiteren Bildungseinrichtungen und Institutionen fand die Einladung der Auguste-Viktoria-Schule positive Resonanz, so daß an dem Schweigemarsch am 9. November 1992, der übrigens außerhalb der Unterrichtszeit an deutschen Schulen stattfand, etwa 5000 vorwiegend junge Menschen teilnahmen. Wenige Tage zuvor wurde das Flensburger Vorhaben durch einen Aufruf der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Marianne Tidick, indirekt unterstützt⁴. Die lokale und regionale Presse berichtete ausführlich über die Demonstrationen der Flensburger Schulen, ebenso das dänische Fernsehen und SAT 1 in seinem regionalen Programm, während der NDR diese erste Großdemonstration für die Wahrung der Menschenrechte im Lande Schleswig-Holstein nicht zum Gegenstand seiner Berichterstattung machte.

Wir zitieren im folgenden aus den Berichten des Flensburger Tageblatts⁵ und geben die besonders ausführliche Schilderung in Flensburg Avis ⁶ auszugsweise wieder.

Flensburg Avis schreibt:

„Über 5000 dänische und deutsche Schüler und Schülerinnen nahmen zusammen mit ihren Lehrern und Lehrerinnen gestern an einer großen Demonstration gegen Fremdenhaß und Rassismus in Deutschland teil...“

Die Demonstration gestern war von Schülern/Schülerinnen, Lehrern/Lehrerinnen der deutschen Auguste-Viktoria-Schule arrangiert worden, die die anderen Schüler und Schülerinnen der Stadt eingeladen hatte, an einem friedlichen Demonstrationmarsch vom Schulhof der Auguste-Viktoria-Schule bis zum Nordermarkt teilzunehmen. Genau um 13.15 Uhr startete der Marsch, der von der Friesischen Straße zum Südermarkt ging. Hier warteten ungefähr 1000 andere Kinder und Jugendliche unter einem großen Regenbogen, der in Verbindung mit der ökumenischen Friedenswoche der Kirche aufgestellt worden war, die bis zum 18. Noember andauert und in deren Mittelpunkt auch der Widerstand gegen Haß und Krieg steht. Um 13.30 Uhr vereinigten sich die zwei Schülergruppen und setzten gemeinsam ihren Marsch zum Nordermarkt fort.

An der Spitze des Zuges gingen zwei Jugendliche der Auguste-Viktoria-Schule mit einem großen Transparent, worauf stand, daß »die Würde des Menschen unantastbar« sei. Auf anderen Plakaten stand: »Nazis raus - mach mit«, »Flensburger Schüler und Schülerinnen fordern, daß die Menschenrechte gewahrt werden« und »Wir haben nichts gegen Ausländer - aber gegen Gewalt«.

Aus der Sicht des Flensburger Tageblattes stellt sich der Demonstrationzug so dar: „Auf dem Holm ging es gestern mittag nur noch in eine Richtung. Tausende von Schülern waren dem Aufruf der Auguste-Viktoria-Schule (AVS) gefolgt und hatten sich nach Unterrichtsende auf dem Südermarkt eingefunden um in eindrucksvoller Weise gegen Ausländerfeindlichkeit zu demonstrieren. »Flensburger Schulen für die Wahrung der Menschenrechte« stand blau auf weiß auf dem Spruchband, das an der Spitze des langen Zuges getragen wurde, der sich durch die gesamte Fußgängerzone bis zum Nordermarkt zwängte. Nicht nur Schüler, auch viele Lehrer und Eltern liefen in dem Demonstrationzug mit. Auf Spruchbändern forderten die Demonstranten »Keine Angst vorm Schwarzen Mann«, »Eine Welt für Alle«, »Stoppt Neo-Nazis und Gewalt«, »Lieber Volker-Vielfalt statt deutsche Einfachheit«, schlug jemand vor, ein anderer bemühte Heine: »Denk' ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht«. Viele Spruchband-Autoren erinnerten daran, daß man als Deutscher fast überall Ausländer ist.

Die Demonstration war vollkommen friedlich, die Polizei hatte keine Probleme - außer mit dem Verkehr.“

Dies bestätigte auch Flensburg Avis:

„Die Krawalle am Sonntag bei der großen Demonstration in Berlin hatten übrigens die Flensburger Polizei nicht dazu veranlaßt, zusätzlich Verstärkung anzufordern, und abgesehen von einigen kopfschüttelnden älteren Leuten, die meinten, daß die Demonstration der Jugendlichen töricht sei, verlief alles still und friedlich...

»Wir sind für Ausländer und wir sind für die Menschenrechte«, sagten zwei Schülerinnen der Auguste-Viktoria-Schule, die darauf hinwiesen, daß ihre Lehrer sie aufgefordert hätten, nicht gegen, sondern für etwas zu demonstrieren. »Aber es ist klar, daß wir gegen Rassismus und Skinheads sind«, sagten diese zwei Mädchen. Auch viele Schüler und Schülerinnen der Duborg-Schule nahmen an der Demonstration teil, wie auch der Direktor der Schule, Erik Jensen, erschienen war. Der Schulverein gab den Schülern und Schülerinnen ab der 9. Klasse und darüber, die an der Demonstration teilzunehmen wünschten, frei, sofern es die Eltern erlaubten, daß ihre Kinder an der Demonstration teilnahmen.

Die Lehrerin Kirsten La Cour von der Gustav-Johannsen-Schule nahm auch an dem Marsch teil. »Ich sage meinen Schülern und Schülerinnen in den Gemeinschaftskundestunden, daß sie mit gutem Beispiel vorangehen sollen, und deshalb nehme ich heute auch hier teil, um zu signalisieren, daß ich von dem Fremdenhaß Abstand nehme«...

Die Demonstration endete am Nordermarkt, der sich durch die allmählich eintreffenden Demonstranten mehr und mehr füllte. Es waren so viele auf dem Marktplatz, daß viele Hunderte zwischen den Läden in der Großen Straße

stehen bleiben mußten.

»Es sind Jugendliche in unserem Alter, die Asylantenheime angreifen und in Brand setzen, und davon wollen wir uns distanzieren!« sagte die Schülersprecherin der deutschen Auguste-Viktoria-Schule, Maike Hassel, in einer Rede an ihre demonstrierenden Mitschüler und Mitschülerinnen.“

Über die Kundgebung auf dem Nordermarkt berichtet das Flensburger Tageblatt ergänzend:

„Günter Schlink, Elternbeiratsvorsitzender der AVS, wies auf die historische Bedeutung des bewußt als Termin gewählten 9. November hin: 1918 wurde in Berlin die 1. deutsche Republik ausgerufen. 1938 brannten in der »Reichsprogromnacht« die Synagogen, 1989 fiel die Mauer. »Heute werden in Deutschland wieder Menschen öffentlich gejagt und geschlagen«, rief Schlink und brandmarkte damit die rechtsradikalen Anschläge auf Asylbewerber-Unterkünfte und jüdische Friedhöfe. Schulen und Eltern seien gefordert, dieser Entwicklung entgegenzutreten.“

Mit einem kurzen Schlußwort beendete Henry Mohrdieck die Demonstrationsveranstaltung. Sie konnte die Fortsetzung von Gewalt gegen Ausländer, so auch die Ermordung von türkischen Mitbürgerinnen in Mölln, nicht verhindern. Aber sie hat ein erstes spektakuläres Zeichen in unserem Lande dafür gesetzt, daß die „schweigende Mehrheit“ nicht länger bereit ist, Verstöße gegen die Würde des Menschen tatenlos hinzunehmen.

Anmerkungen:

- 1 Flensborg Avis vom 10. 11. 1992, Titelseite.
Schreiben vom 7. 10. 1991.
- 2 Schreiben des Staatssekretärs Dr. Bodo Richter, o. Datum, publiziert im Nachrichtenblatt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Nr. 18, 1991, Deckblatt.
- 3 Schreiben der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Marianne Tidick, an alle Schulen des Landes vom 3. 11. 1992.
- 4 Flensburger Tageblatt vom 10. II. 1992.
- 5 Flensborg Avis vom 10. 11. 1992, zit. nach der Übersetzung der Dänischkurse (12. Jahrgang) der Auguste-Viktoria-Schule, Flensburg.

Paul Hoffmann: „Auf der Flucht erschossen“

von MICHAEL KLOS

Am 4. Januar 1921 gaben die Flensburger Arbeiter einem der Ihrigen das letzte Geleit. Der Verstorbene war keine große oder bekannte Persönlichkeit, sondern ein ganz gewöhnlicher Arbeitsloser dieser Zeit. Und trotzdem folgten sie ihm. Über 15.000 Teilnehmer waren dabei, und die dänische Zeitung „Flensborg Avis“ konnte den größten Leichenzug, der je in Flensburg gesehen wurde, bekunden. Am gleichen Abend schoß die Sicherheitspolizei in eine Menschenmenge, mit dem erschreckenden Resultat, daß 11 Tote und 22 Verwundete auf der Straße liegenblieben. Was war geschehen?

Weltkrieg und Revolution

Der auf dem Schlachtfeld verlorene Erste Weltkrieg wurde mit der deutschen November-Revolution 1918 endgültig beendet. Unsicherheit und eine allgemeine Depression machten sich breit; die Folgen des verlorenen Krieges sollten noch lange die Gedanken der Menschen beschäftigen. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches sollte die Revolution das Fundament einer neuen Gesellschaft bilden, die Republik. Aber die politischen Strömungen waren vielfältig und nicht unter Kontrolle. In dieser unruhigen Zeit wurde die neue „Sicherheitspolizei“ gegründet. Sie sollte unter anderem ein Garant für die innere politische Sicherheit sein sowie für Recht und Ordnung sorgen. Die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) sowie das bürgerliche politische Lager waren nicht an einer Weiterführung der Revolution interessiert. Man wollte russische Zustände - die Räterepublik - vermeiden.

Die deutsche sozialdemokratische Bewegung war schon vor dem Ersten Weltkrieg eine nach außen hin homogene, aber innerlich bunte politische Mischung, die dadurch zusammengehalten wurde, daß man einen gemeinsamen Gegner in der produktionsmittelbesitzenden Klasse sah. Darüber hinaus sorgte die sogenannte Parteidisziplin für eine einheitliche Linie. Aber im Laufe des Krieges wurden die fundamentalen Gegensätze innerhalb der Reichstagsfraktion so offenbar, daß die Trennung im April 1917 notwendig wurde; so entstand die Unabhängige SPD (USPD). In der USPD fand man zu Anfang auch die Spartakisten, die späteren Kommunisten, die sich erst im Januar 1919 als Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) formierten.

Die Zeit nach dem Weltkrieg in Deutschland ist von außerordentlichen politischen Unruhen geprägt. Straßenschlachten und andere Formen gewaltsamer Aktion waren an der Tagesordnung.

Eine wichtige Begebenheit fand in Berlin im Januar 1919 statt: der sogenannte Spartakusaufstand. Hier versuchten die Linksradikalen mit letztem Einsatz die

in ihrem Sinne mißlungene Revolution zu retten. Die revolutionäre Bewegung wurde aber blutig niedergeschlagen, die politischen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden dabei von Offizieren der Regierungstruppen ermordet. Damit war aber die Ruhe nicht hergestellt. Immer wieder versuchten Arbeiter die Revolution fortzuführen. Genau so oft wurden sie aber von Regierungstruppen und Freikorps-Einheiten niedergemacht.

Flensburg 1918-19

Die Novemberrevolution kam auch nach Flensburg. Doch sind die Ereignisse hier im Vergleich mit anderen Orten sehr ruhig verlaufen. In der heutigen Grenzstadt wurden 1918/19 die dänischen Stimmen laut, die eine Wiedervereinigung mit Dänemark erhofften, nachdem man seit 1864 unter einer nicht gerade zimperlichen preußischen Besatzung gelitten hatte. Der Nationalitätenkampf, der jetzt entbrannte, ließ die existierenden Klassegegensätze in den Hintergrund treten; er war ein ausgezeichnet funktionierendes Ventil für politische Aggressionen. Die Flensburger Sozialdemokratie wurde ohnehin nicht gerade von klassenkämpferischen Führern geleitet.

Infolge der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson sollte ein Volksentscheid über die nationale Zugehörigkeit des Landesteils Schleswig entscheiden. Nach der Wahl 1920 blieb Flensburg deutsch. Die Stadt wurde ökonomisches Randgebiet, eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage schien unumgänglich. In diesen Zeiten der Unruhe stieg die Arbeitslosigkeit, es stiegen die inflationsgetriebenen Preise, und es verstärkten sich die politischen Spannungen. 1920 kam es zu einer Reihe von Demonstrationen, in denen Demonstranten eine Verbesserung der Versorgungslage und angemessene Preise verlangten.

Eine unbesonnene Aktion

Die in großen Teilen der Bevölkerung unbeliebte Sicherheitspolizei (Sipo) ging etwas zu weit bei einer „unbesonnenen Aktion“. In der Nacht zwischen dem 28. und 29. Dezember 1920 wurde die Tür des Arbeiters Paul Hoffmann brutal aufgebrochen, er selber wurde verhaftet und mit zur Hauptwache in der Duburger Kaserne gebracht. Das Ganze wurde ohne jegliche juristische Grundlage gemacht und nur auf einen sehr unglaubwürdigen Hinweis gestützt. Der „Hinweis“ wurde auch an die örtliche Kriminalpolizei gegeben, die aber dem angeblichen Umsturzplan einer kommunistischen Verschwörung keinen Glauben schenken konnte. Die Sipo dagegen verschlang förmlich die Information, und sie handelte danach.

„Um des Inneren Friedens willen ... schickt man die Grünen als Freunde dem Volk ... und gönnt dem Arbeitslosen sein tägliches Sterbegeld.“ Zeichnungen

von George Grosz 1920/21. Erstmals in „Der Gegner“, Jg. 1920/21, H. 8/9. Anlaß für diese Zeichnungen war die blutige Niederschlagung des Mitteldeutschen Aufstandes im März 1921 durch Schutzpolizei („Die Grünen“). Man muß nicht lange nach dem Grund suchen. Hoffmann war ein aktiver Kommunist, der unter anderem mit der Organisation der Arbeitslosen beschäftigt war. Die Sipo traf Hoffmann bewaffnet an, er schoß sogar zweimal, ohne aber jemanden zu verletzen. Das bestätigte nur den Verdacht auf eine staatsfeindliche Verschwörung, und so stürmten die Beamten die kleine Wohnung. In diesem Zusammenhang wäre die Überlegung angebracht, ob nicht P. Hoffmann aus Angst, so wie es auch seine Frau später erklärte, geschossen hatte. Denn er kannte selbstverständlich das Schicksal von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Erkannte wohl auch das traurige Ende, das 14 Arbeiter am 23. März 1920 in Bad Thal bei Eisenach zuteil wurde: „Auf der Flucht erschossen“. Was später am Abend mit dem Gefangenen geschah, ist ein Rätsel. Nach ungefähr 4 Stunden Verhör wurde Hoffmann über den Kasernenhof geführt, begleitet von einem Wachmann. Der Gefangene soll dann den Wächter umgestoßen haben und fing an zu laufen. Nach dreimaligem Ruf „Halt“ schoß der Wachmann. Wie aus dem Lehrbuch! Flensburg Avis schrieb etwas dramatisch: „Im Laufe kurzer Zeit waren die Fenster mit Leuten gefüllt, von denen eine Reihe von Schüssen abgegeben wurde“. Richtig, denn man traf ihn viermal! Die Empörung war groß; die Arbeiterbewegung wollte diesen, wie sie meinte, politischen Mord mit einer demonstrativen Beerdigung markieren. Die Gerüchte sprachen davon, daß Hoffmann bei seinem Fluchtversuch die Hände auf dem Rücken gebunden hatte. Man sprach von einem in Szene gesetzten Fluchtversuch, der mit dem tragischen „auf der Flucht erschossen“ enden mußte. In einem Bericht an den Regierungspräsidenten in Schleswig schrieb einer der Untersuchungsbeamten: Die nächtliche Aktion auf der Basis eines für politische Kinder glaubwürdigen Spitzelplanes“ und das Erschießen eines Mannes in einem Kasernenhof grenze an „... jeden gesunden Menschenverstand“. Der Mord wird also nicht als politischer Mord, sondern als eine große politische Dummheit bewertet.

Flensburgs blutiger Sonntag

Am 4. Januar 1921 waren die Flensburger und viele andere mit ihnen auf der Straße. Die Stimmung war gereizt; man konnte auf Transparenten Sprüche wie zum Beispiel „Denkt an den Mord an Liebknecht“ oder „Gedenkt der Opfer des weißen Terrors“ lesen. Nach dieser Demonstration gingen die meisten Leute nach Hause, am Abend waren Veranstaltungen im Sanssouci und im Colosseum. Nach dem Schluß zog ein Teil der Menge zur Duburger Kaserne.

Das, was jetzt folgt, wird in zwei Varianten wiedergegeben. Die erste, eine eher staatliche Darstellung, spricht von einer laut johlenden Masse, die die Kaserne stürmte. Die Sipo mußte sich zur Wehr setzen. Es handelt sich hierbei also um einen Akt der Selbstverteidigung. Die zweite Auffassung beschreibt die Vorgänge etwas kritischer. Auch in dieser Darstellung zog eine Menge zur Kaserne auf der Duburg, man rief dabei zum Beispiel: „Licht aus, Messer raus, schmeißt die Sipo aus Flensburg raus!“ An der Kaserne angekommen, wurde weiter gejohlt. Plötzlich eröffnete die Sipo das Feuer, was Tote und Verletzte zur Folge hatte. Flensburg Avis kommentierte das Massaker unter anderem mit der Feststellung, daß, egal ob ein Schuß aus der Menge fiel oder nicht, man doch erst einmal in die Luft hätte schießen sollen, anstatt unschuldige Menschenleben zu gefährden. Es war fast selbstverständlich, daß die bürgerlichen Parteien sofort die Möglichkeit sahen, die Schuldigen bei den Roten zu suchen, zumal die nächste Wahl am 20. Februar 1921 stattfinden sollte. Aber auch die Sozialdemokraten distanzieren sich sofort von dem Geschehenen. Schuldig blieben also die Kommunisten, wie so oft in dieser und der folgenden Zeit. Daß es sich aber um eine klare Überreaktion seitens der Sipo handelte, ist wohl heute nicht von der Hand zu weisen. Dadurch aber sind 11 Menschen ermordet worden. Die Revolution war friedlich verlaufen in Flensburg, aber die sozialen Spannungen entluden sich und forderten blutige Opfer. Geht man durch die Straßen der Stadt, so wird man keine Spuren mehr finden können. Es ist vielleicht an der Zeit, diesen Opfern ein Denkmal zu setzen.

Literatur:

Die deutsche Revolution 1918/19. Quellen und Dokumente, hrsg. v. J. Berlin, Köln 1979
Flensburg by's historie. hrsg. v. H. Hjelholt, J. Hvidtfeldt, K. Kretschmer, København 1955
Hugo Hellwig u. Peter Michelsen, Vor 60 Jahren: Der November 1918 in Flensburg; in: Grenzfriedenshefte 3/4 1978, S. 132-138
Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1966
Jens Jacobsen, Die Flensburger SPD in der Weimarer Republik; in: Flensburg 700 Jahre Stadt, Bd. 1, Flensburg 1984, S. 339-354
Günther Mai, Das Ende des Kaiserreichs, München 1987
Britta Nicolai, Die Lebensmittelversorgung in Flensburg 1914—1918, Flensburg 1988
Johan Peter Noack, Det danske mindretal i Sydslesvig 1920-1945, 2 Bde, Aabenraa 1989
Peter Hansen Petersen u.a., Flensburg von 1920 bis 1960; in: Flensburg Geschichte einer Grenzstadt, Flensburg 1966, S. 421 ff.
Gerhard Schulz, Revolution und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967

Quellen:

Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 309, Nr. 21079 Flensburg
Avis, Dez. 1920, Jan. 1921 Flensburger Nachrichten, Dez. 1920,
Jan. 1921 Verwaltungsberrichte der Stadt Flensburg 1911-1926,
Flensburg 1926

Georg Bleibtreu und sein Gemälde „Das Treffen bei Bau 1848“

von JÜRGEN OSTWALD

Schlachtengemälde und historische Kriegsszenen des vergangenen Jahrhunderts stehen als Kunstwerke in der heutigen Öffentlichkeit aus verständlichen Gründen nicht gerade hoch im Kurs. Das heutige Desinteresse steht in einem auffallenden Gegensatz zu der Fülle an Schlachtengemälden und zu der Aufmerksamkeit, die diese Werke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fanden.

Auch die kunsthistorische Forschung verhält sich dieser Sparte bildkünstlerischer Überlieferung gegenüber eher zurückhaltend, obwohl gerade das 19. Jahrhundert und dessen Kunst in den letzten 30 Jahren in die verschiedensten Richtungen hin ausgeleuchtet wurde und noch wird¹. Dabei lassen sich in diesem offensichtlich martialischen Genre der Schlachtenmalerei demokratische Entdeckungen machen, wie das folgende Bild aus der Zeit der Schleswig-holsteinischen Erhebung zeigt. Georg Bleibtreu „Gefecht bei Bau 1848“ von 1852 war eines der ersten und eines der wenigen auch überregional bekanntgewordenen Gemälde der Schleswig-holsteinischen Erhebung. Es befindet sich heute in der Kieler Kunsthalle ². Bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges blieb es durch mehrfache frühe Wiederholungen des Malers, durch tafelbildgroße Drucke für den Wandschmuck und durch ungezählte Abbildungen die populärste Darstellung der Schleswig-holsteinischen Erhebung, eine Zeitlang sogar der bildgewordene Inbegriff des Scheiterns der schleswig-holsteinischen Bewegung.

Der Maler des Werkes, Georg Bleibtreu, starb am 16. Oktober 1892 in Berlin. Sein sonst nicht notierter 100. Todestag gibt den Anlaß zur nachfolgenden Skizze über den Maler, sein Gemälde und dessen wechselvolle Rezeption.

Georg Bleibtreu wurde am 27. März 1828 in Xanten geboren. Über Kindheit und Jugend wissen wir wenig. Die Verhältnisse waren beengt, der Zugschnitt schlicht. Der Vater war Wundarzt, zählte damit zu den letzten Vertretern jener aussterbenden Gattung der Heilberufe, die ohne akademische Ausbildung praktizierten. Die Einkünfte waren also dürftig.

Die Künstlerbiographik, die nach der Reichsgründung ins Kraut schoß, als Bleibtreu bereits unter den drei ersten Malern seiner Richtung genannt wurde, verlangte nach Legenden, wie sie dem Maler denn auch geschrieben wurden: aus kleinsten Verhältnissen emporwachsend zum Verkünder der Großtaten des Reiches, eine Einschätzung, die mit Leben und Werk des Malers nicht ganz in Einklang zu bringen ist.

Bleibtreu scheint in der Jugend eine illustrierte Ausgabe von Flavius Josephus' Jüdischem Krieg in die Hände gefallen zu sein, dessen Lektüre ihn fesselte. Hinzu kam eine deutsche Geschichte mit der Darstellung der Freiheitskriege. Beide Werke beförderten seine zeichnerische Neigung und Phantasie und wiesen ihm die künstlerische Richtung. Bleibtreu setzte es durch, mit 15 Jahren - 1843 - die nahegelegene Düsseldorfer Künstlerakademie zu besuchen. Das junge Eintrittsalter war in der ersten Jahrhunderthälfte nichts Ungewöhnliches. Die Regeldetri des Unterrichts in den Vorbereitungsklassen und der nachfolgenden Gipsklasse, wo man lag ein tagaus Studienköpfe zeichnete, ließ den noch jungen Schüler, der sich mit seinen eigenen, aber unerwünschten Schlachtenkompositionen schon ganz andere Aufgaben stellte, verzweifeln. Er verließ nach fünf Jahren die Akademie „entfremdet und voll selbstquälerischer Zweifel“, wie sein letzter Biograph, der junge (Iskar Fischei, 1905 zu berichten weiß, um ein Jahr später die Akademie erneut zu besuchen. Diese bisher noch nicht aufgehellte Phase seines Lebens ³ fällt in eine Zeit, die dem Leben und der Kunst Bleibtreus die endgültige Richtung weisen wird: die Märzrevolution von 1848 und insbesondere die Ereignisse in Schleswig-Holstein. Die Schleswig-holsteinische Erhebung wurde in Düsseldorf genau verfolgt, war doch der rheinische Liberalismus hoch entwickelt und einer der Träger der 48er Ideen. Am 19. März 1848, knapp eine Woche vor Ausrufung der „Provisorischen Regierung“ in Kiel, wurde für die Stadt Düsseldorf ein Schützenkorps gebildet, eine demokratische Gruppierung, die sich im Verlauf der Monate immer radikaler zeigte. Ihr gehörten als Offiziere u. a. der Maler und Kunstschriftsteller Lorenz Clasen (1812-1899), einer von Bleibtreus frühen Förderern, und Rudolf Jordan (1810-1887) an, dessen heute noch populäre Helgoland-Gemälde gerade nach der Revolution das Fischer-Dasein als freies, selbstbestimmtes Leben schilderten⁴. Die rheinischen Freischärler, die sich der schleswig-holsteinischen Bewegung angeschlossen hatten und in den Freikorps kämpften, waren von ausgeprägt revolutionärer Gesinnung. (Auch unter ihnen findet sich eine Anzahl Maler). Diese wurden nur noch übertroffen von dem Freischarkontingent aus Berlin, das wegen seines „Festhaltens an kommunistischen Prinzipien“ bald aufgelöst wurde ⁵. In dieser Atmosphäre und unter Kenntnis des „Aufrufs der Künstler Düsseldorfs an die Künstler Deutschlands“ entstanden Bleibtreus erste Werke zur Schleswig-holsteinischen Erhebung. Irgendwann im Verlaufe des Jahres 1849 trat der 21jährige mit einer größeren farbigen Zeichnung oder einer Ölskizze des Gefechtes bei Bau vom 9. April 1848 zwar nicht an die Öffentlichkeit, aber vor die Kritik der außerordentlich regsamen und politisch betont aufmerksamen Künstlerschaft der Stadt. Diese Kritik wird ihn dazu bestimmt haben, daß er für das nächste Jahr im Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen in Düsseldorf ein Gemälde ähnlichen Themas („Gefecht zwischen Dänen und Schleswig-Holsteinern“) ausstellte,

das, vom Kunstverein erworben, als Jahresgewinn mit anderen Werken verlost wurde, wie es damals üblich war.

In dieser Zeit (1850-52) entstand eine ganze Reihe schleswig-holsteinischer Gemälde, die sämtlich nicht mehr nachzuweisen sind, wir nennen aus der Literatur der Zeit nur „die Erstürmung eines jütländischen Dorfes“, „ein Bivouac holsteinischer Freischärler“ und „zwei Vorpostengefechte“. 1851 war Bleibtreu im Düsseldorfer Kunstverein wieder mit einem Gemälde vertreten, und zwar mit der „Schlacht bei Kolding“.

Im darauffolgenden Jahre, 1852, gelang Bleibtreu, dessen vorjährige Werke die rheinische Publizistik in zunehmendem Maße beschäftigten, der Durchbruch mit dem Gemälde, dem er den Titel gab „Untergang des Kieler Turner- und Studenten-Corps bei Flensburg, am 9ten April 1848“. Alle vorhergehenden Arbeiten können auch im Inhaltlichen als Vorstudien zu diesem Werk gelten. Der Erfolg dieses Bildes in Düsseldorf wurde noch übertroffen von dem Erfolg, den es (oder eine ähnliche Fassung) auf der Berliner akademischen Kunstausstellung von 1852 hatte. Für die Darstellung, von der es mindestens drei Fassungen, eher vier, gab (oder gibt), hat sich früh die allerdings falsche Bezeichnung „Das Treffen bei Bau 1848“ eingebürgert, die wir daher beibehalten wollen.

Auf die Vorgeschichte, den Verlauf der Kämpfe und die Niederlage der schleswig-holsteinischen Armee (vor Eingreifen der preußischen Truppen) im Gefecht bei Bau nördlich von Flensburg am 9. April 1848 brauchen wir hier nicht näher einzugehen⁶. Bleibtreu wählte sich zum Vorwurf die allerdings dramatische Niederlage des Turner- und Studentenkörps aus Kiel in der Flensburger Neustadt. Der Maler, der die Herzogtümer damals noch nicht besucht hatte, erarbeitete sich sein Werk über die reichlich fließenden Zeitungsmeldungen, Broschüren und mit Hilfe der Asservatenkammer und des Uniform-Fundus der Düsseldorfer Akademie. Die Wahl des Themas und des Bildmoments wurde dadurch unterstützt, daß Bleibtreu die demokratische Gesinnung der Kieler Studenten durchaus bekannt war, ihre Führer „waren Demokraten reinsten Wassers“. Bei den Unruhen im Herbst 1848 sprachen die Studenten deutlich aus, was sie von der politischen Zukunft erwarteten. Einige unter ihnen hatten eine Adresse an die preußischen Truppen gerichtet, in der diese aufgefordert wurden, „Bürger zu werden“, „Deutsch, Söhne des Jahres 1848“. Es hieß da weiter: „Ihr sollt eure Waffen nicht gegen euren König wenden, aber bei Gott, ihr sollt sie auch nicht zu Henkerbeilen an euren Vätern und Brüdern machen.“⁷

Bleibtreus Gesamtkomposition und die Nabsicht, die betonte Farbigkeit und die Disponierung der Einzelgruppen im Kampfgeschehen wie auch die Wahl des gesamten Personals bot etwas radikal Neues. Der Vergleich mit der Schlachtenmalerei älterer Schule macht das deutlich. Albrecht Adams (1786-1862) „Erstürmung der Düppeler Schanzen 1849“ zum Beispiel, ein Auftragswerk des

bayerischen Königs Ludwig 1., notiert vom erhöhten Standort getreu Porträts der Feldherrn und Offiziere, die mehr als Zuschauer eines entfernten Kampfgeschehens erscheinen. Adam liefert ein Kampagnestück, ohne durch dramatische Komposition das Thema Bleibtreus auch nur entfernt zu berühren.

Bleibtreus Inszenierung ist dennoch nicht ohne Vorbilder. Der Maler war mit der belgischen Malerei der neueren Zeit vertraut, er kannte die Franzosen (Delacroix). Die belgische Historienmalerei, die gerade im Rheinisch-Westfälischen früh bekannt wurde, war in der Abkehr von alten Prinzipien konsequent. Sie zeigte einen Ausschnitt von Geschichte, lebte vom Momentanen. Die Darstellung eines Augenblicks verbot klassisch ausponderierte Gruppierung. Intervalle und Überschneidungen, radikalisiert durch betonten Farbeinsatz, ließen sogar zu, Figuren im Bild nur anzuschneiden. Diese Neuerungen machte sich Bleibtreu zu eigen.

Richtig bekannt wurde das Gemälde „Gefecht bei Bau 1848“, wie gesagt, erst in Berlin. Die Berliner akademische Kunstausstellung wurde am 9. April eröffnet, dem vierten Jahrestag der Schlacht bei Bau - ein zufälliges Zusammentreffen, das vielen Zeitgenossen aber nicht verborgen geblieben sein kann.

Einen weitergehenden politischen Sinn entwickelte das öffentlich gezeigte Gemälde jedoch erst einige Wochen später, am 8. Mai 1852, dem Tag der Unterzeichnung des Londoner Protokolls. Für jeden, der die schleswig-holsteinische Sache verfolgte, mußte das Gemälde nun wie ein Inbild der schleswig-holsteinischen Bewegung und ihres Scheiterns sein, ja des Scheiterns der Revolution von 1848 überhaupt, ein Ausdruck der Empörung.

Noch 50 Jahre nach der Ausstellung erinnert sich Ludwig Pietsch, der Freund und Biograph Bleibtreus, wenn er seinen Nachruf auf den Maler so beginnen läßt: „Auf der akademischen Kunstausstellung im Jahre 1852 zu Berlin sah man in einem Korridor ein Bild hängen, das jeden, dessen Blick darauf fiel, mit ganz eigentümlicher Gewalt packte und in seiner Betrachtung gefesselt hielt. Es stellte ein blutiges, heroisch-tragisches Ereignis aus der Geschichte einer nahe hinter uns liegenden Vergangenheit dar... Als sein Maler wurde ein bis dahin hier ganz unbekannter junger Düsseldorfer Künstler ...genannt. Was dem Bilde seine so eigentümlich ergreifende Macht verlieh, war vor allem die echte leidenschaftliche Glut, die darin loderte, der flammende Kampfeswut, der in den Gestalten der dort für Freiheit und Vaterland im hoffnungslosen Ringen mit der Übermacht kämpfenden und verblutenden deutschen Jünglinge und Männer mit einer in unseren Schlachtenbildern bis dahin ganz unerhörten Energie zum Ausdruck gebracht war, der von jedem theatralischen Pathos freie grimme Ernst, und die Überzeugungskraft in jedem Zuge dieser Schilderung, die bei all' ihrem Realismus doch durchweht erschien von dem Hauch einer idealen jugendlichen Begeisterung für die Sache, deren Streiten das Bild verherrlichte ⁸“.

In der Berliner Tageskritik aber waren die alten Vorbehalte, die man gegen die Belgier hatte, noch lebendig. Max Schasler wandte sie auf Bleibtreus Stück teilweise an. Die Zeichnung sei zu loben, aber in Rücksicht auf die Komposition fehle es ihr an einem eigentlichen Mittelpunkt, eine Gliederung in der Gruppierung sei gar nicht oder doch nur in lokaler Weise da. Die Mittelgruppe ziehe zwar den Blick auf sich, doch sei sie nicht mehr als jede andere Gruppe als Mittelpunkt zu betrachten. Man suche nach einem Anhaltspunkt, um das Ganze zu verstehen, finde ihn aber nicht. Verzichte man auf diese Einheit, so sei doch die Kraft der Bewegung und die Energie der Handelnden zu loben. Der Kritiker der „Vossischen Zeitung“ wurde durch den Ernst der Erzählung versöhnt und meinte, vom Künstler noch Bedeutendes erhoffen zu können⁹.

Bleibtreu siedelte im Jahre 1858 nach Berlin über. Da Aufträge für größere Gemälde ausblieben, hatte er sich zuvor schon dem graphischen und illustrierenden Buchgewerbe zugewandt, das seit den fünfziger Jahren einen unerhörten Aufschwung nahm. Diese Tätigkeit nahm ihn in Berlin besonders in Anspruch. Eine ganze Reihe von Publikationen der Jahre um 1860 wären zu nennen, die dem Bildungsbürgertum ihre bebilderten Bücher und Mappen in die Hand gaben. Mit dem Freund Ludwig Pietsch arbeitete er an einer Darstellung der Befreiungskriege den demokratischen Grundton, der seine schleswig-holsteinischen Arbeiten bestimmte, ließ Bleibtreu auch in seinen Darstellungen der Befreiungskriege aufklingen: Das Volk machte er zum eigentlichen Träger der Ereignisse. Das war in den Tagen der Reaktion der fünfziger und frühen sechziger Jahre nicht überall willkommen. Ludwig Pietsch erinnert sich an die Anfänge des Malers in Berlin: „Bleibtreus ganze Kunstrichtung, die sich darin deutlich bekundende freisinnige Auffassung der vaterländischen Geschichte und die politischen Gesinnungen, die sich darin unverkennbar spiegelten, konnten seinen künstlerischen Schöpfungen unmöglich besonders warme Sympathien in unsern offiziellen Kreisen erwerben. Das alles stand bei ihm im strikten Gegensatz zu dem, was diese von der preußischen Geschichts- und Kriegsmalerei verlangten. So blieben die Bestellungen von Seiten des Staates und des Hofes aus. Der Buch- und Kunsthandel mußte Bleibtreu über diese nicht eben rosige, wenig ermutigende Zeit seiner ersten Berliner Jahre hinweghelfen.“¹⁰

Bleibtreu verkehrte in Berlin im Salon der Lina Duncker, der Ehefrau seines Verlegers Franz Duncker¹¹ (des Gründers der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine). Der Salon Lina Duncckers war der glänzende Treffpunkt der Berliner Liberalen. Sie empfing, wie Gottfried Keller sich erinnert, „beinahe fürstlich“. Es verkehrten dort Adalbert Delbrück und Lassalle (in dessen Salon Bleibtreu Karl Marx traf), Schulze-Delitzsch, Werner von Siemens (ein alter Freischar-Kämpfer) und Rudolf Virchow, um nur einige zu nennen. Mit Virchow und Theodor Mommsen (der wegen seiner Kurzsichtigkeit 1848 nicht Freikorps-Mann

wurde) gehörte Franz Duncker 1861 zu den Mitbegründern der Deutschen Fortschrittspartei, der Bleibtreu nahestand. Der gesellschaftliche Verkehr des Malers weist noch einmal auf die Richtung seiner Kunst in diesen Jahren hin. Zum Jahreswechsel 1861/62 gab der Berliner Verleger Oswald Seehagen Bleibtreus Gemälde als Kunstblatt heraus, 39,2 x 52,5 cm messend, lithographiert von dem Berliner Maler und Reproduktionszeichner Georg Engelbach (1817- nach 1890). Das Wandschmuckblatt erwarb sich schnell Freunde, besonders natürlich in den Herzogtümern. Selbst in Kopenhagen wurde man auf den Druck aufmerksam: „Berlingske Tidende“ veröffentlichte im Januar 1862 eine ausführliche Korrespondenz aus „Mittelschleswig“, die wir hier teilweise wiedergeben wollen, da der dänische Autor ein bemerkenswertes Urteil abgibt: „Die Composition zeugt von einem nicht geringen künstlerischen Talent. Das Bild gibt eine Episode aus dem Treffen bei Bau. Man sieht im Hintergründe die Kupfermühle; rechts rücken Dragoner heran und links Infanterie, beide in großen Massen und dicht geschlossenen Kolonnen. Die Kieler Studenten und Turner verteidigen sich auf das Heldenmütigste und kämpfen hartnäckig gegen die Übermacht! Studenten und Turner sind in phantastischen Anzügen dargestellt. An einigen Stellen sieht man einen Studenten mit drei oder vier dänischen Soldaten verzweifelt kämpfen, an anderen Punkten Zweikämpfe von Offizieren usw. Die Gruppierung ist sehr hübsch ausgeführt, die Gegend naturgetreu wiedergegeben, die Uniformen der dänischen Truppen richtig gezeichnet und der Kupferstich (tatsächlich Lithographie J. O.) selbst außerordentlich gut gelungen. Obwohl dies als Kunstblatt bezeichnete Gemälde 4 Reichstaler kostet, hat es großen Absatz gefunden. Von hiesigen Deutschgesinnten sind einzelne Exemplare in Hamburg gekauft worden, wo die erste Auflage ausverkauft sein soll.“¹²

Durch Ludwig Pietsch gelangte die Lithographie in den Besitz Theodor Storms¹³, für den Pietsch als Illustrator tätig war (wie Pietsch umgekehrt für Bleibtreu als Textautor für dessen Illustrationen) und mit dem er seit Storms Übersiedlung nach Heiligenstadt im Briefwechsel stand. In begeistertem Ton bedankte sich Storm bei Pietsch für das Geschenk: „Herzlichen Dank, liebster Freund, für Ihre neue Gabe! ..Das ist ein prächtiges, begeisterungsvolles Bild, das mir mein ganzes Heimweh wieder aufgerührt hat - wie lebhaft steht der dunkle Abend (der Schlacht bei Bau am 9. April 1848, J.O.) vor mir, als die armen Jungens versprengt und müde, aber doch voll Aufregung und Mut für die Zukunft in Husum eintrafen; ein Paar der Studiosen nahmen wir in's Quartier, man riß sich natürlich um sie. Das Bild soll in der blauen Stube hängen. Grüßen Sie Bleibtreu doch herzlich von mir. Übrigens, so sauber es lithographiert ist, ich wollte doch, Sie hätten's gemacht, ich weiß nicht, ob ich recht empfinde - zumal ich das Original nicht kenne - mir ist, als sei zu viel auf Einzel-, zu wenig auf Totalwirkung gesehen“¹⁴.

Durch die Einigungskriege geriet das Bau-Gemälde Bleibtreu zunehmend in Vergessenheit, nur nicht in Schleswig-Holstein, besonders nicht in Kiel.

Im Jahre 1870 wurde die Aula des Neubaus der Kieler Gelehrtenschule durch den bekannten späteren Berliner Akademie-Direktor Anton von Werner mit Fresken versehen, seinen ersten größeren Arbeiten. Der Plan stammte von dem ersten preußischen Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein, Carl von Scheel-Plessen, der Maler wurde durch den Kieler Stadtbaumeister und Architekten der Schule, Gustav Ludolf Martens, gewonnen. Martens war alter Freikorps-Kämpfer, Adjutant des Freikorpsführers von der Tann, und gehört zu jenen vielen freiwilligen Teilnehmern des Feldzuges, die ihre demokratischen 48er Ideen Zug um Zug der Anerkennung und Bewunderung der Bismarckschen Einigungspolitik preisgaben. Das Bildprogramm der Aula-Ausschmückung war preußisch ausgerichtet und an dem Thema eines der Gemälde entzündete sich ein „Bilderstreit“, am Fresko der „Nationalen Erhebung unter Friedrich Wilhelm III. zu Breslau“. Der Kieler Liberale Wilhelm Ahlmann „machte sich zum öffentlichen Sprecher für die Empörten unter den Schleswig-Holsteinern, die mit gutem Anspruch anstelle der befremdlichen preußischen Erhebung von 1813 die eigene von 1848 dargestellt wissen wollten, vorschlagsweise den „Untergang der Kieler Turner und Studenten bei Bau“. Noch am 12. August 1870 - als andere Kieler gleich Anton von Werner längst über die ersten deutschen Siege in Frankreich jubelten - beantragte Ahlmann als Bürgerdeputierter, allerdings ohne Erfolg, „das Bürgerkollegium möge dem Magistrat seine Mißbilligung darüber aussprechen, daß er nicht auf die Wahl eines Vorwurfes aus der schleswig-holsteinischen Geschichte hingewirkt habe ¹⁵.“ Anton von Werner ließ 1914 seinen voluminösen Erinnerungsband mit der Kieler Episode beginnen und berichtet über das Ansinnen der Schleswig-Holsteiner mit einiger Süffisanz ¹⁶. Als er 1870 nach seiner Kieler Tätigkeit als Maler in das Hauptquartier der deutschen Truppen nach Versailles gerufen wurde, traf er dort - Bleibtreu. Bleibtreu hatte einige Ateliers im Schloß eingerichtet und war als Verwalter der Kunstschatze eingesetzt¹⁷. Der Ältere überließ im Januar 1871 Anton v. Werner das Atelier, dort begann er sein großes Gemälde „Graf Moltke und der Generalstab vor Paris“, das der Schleswig-Holsteinische Kunstverein 1871 bei dem Maler bestellt hatte, und das er 1873 ablieferte. Es befindet sich heute in den Schausammlungen der Kieler Kunsthalle.

Die Empörung Wilhelm Ahlmanns, eines der interessantesten Vertreter des alten schleswig-holsteinischen liberalen Bürgertums, wurde vielleicht 1888 etwas gemildert, als das preußische Kultus- und Unterrichtsministerium der Kieler Universität ein Geschenk machte: ein Original des Gemäldes „Treffen bei Bau“ von Bleibtreu (Abb.I). Die politische Sprengkraft mit seinem demokratischen Nebensinn hatte das Bild offenbar verloren, denn es heißt in dem Be-

gleitschreiben des Kultusministers Gustav von Goßler an den Kurator der Universität unter dem 20. Juni 1888 zum Bild: „Geleitet von dem Wunsche, der Universität Kiel ein bleibendes Andenken an den für dieselbe so ehrenvollen Tag von Bau zu geben, habe ich das dem denkwürdigen Kampfe gewidmete und in Schleswig-Holstein wohl- bekannte Bild des Professors Georg Bleibtreu käuflich erworben und lasse Euer hochwohlgeboren dieses Kunstwerk hierbei mit dem Ersuchen zugehen, dasselbe dem Rektor und Senat in meinem Namen zu überreichen^{18.}“

Der Verleger Lukas in Berlin beeilte sich, eine Reproduktion des Gemäldes zu publizieren (45 x 58,5 cm). Die Druckqualität war mäßig, das Interesse schwach. Andere Schlachten zierten die Wohnzimmer der siegreich heimgekehrten, als dieses nunmehr nur noch als Vorgefecht der kleindeutschen Einigung angesehene Thema. So war etwa Bleibtreus „Übergang nach Alsen“ (um bei seinen schleswig-holsteinischen Werken zu bleiben) beliebter, aber auch teurer: Der Übergang der preußischen Truppen kostete als Wandschmuckblatt im Extraformat (90 x 120 cm) mit Karton 45- Reichsmark, der Rahmen je nach Güte 27,- bis 50,- Mark, im Imperialformat (66 x 85 cm) 12,- Mark, der Rahmen 14,- bis 28,-. Bei anderen Gemälden Bleibtreus verhielt es sich ähnlich^{19.}

Dennoch ist die Geschichte der Reproduktionen unseres Gemäldes nicht vorbei. Im Jahre 1909 gab der „Verein zur Pflege der Natur- und Landeskunde in Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und dem Fürstentum Lübeck“ eine Heliogravüre nach Bleibtreus Gemälde als Jahresgabe für seine Mitglieder heraus. Der Absatz war offenbar gering, so daß im Jahr darauf die Verbandszeitschrift „Die Heimat“ dringend zum Kauf aufforderte.

Das Gemälde war seines alten Sinns vollends entkleidet. In der 1911 erschienenen populären Landesgeschichte von Hinrich Ewald Hoff, dem Rektor einer Kieler Volksschule, ist das Treffen bei Bau zur chronikalischen Erzählung herabgesunken^{20.}, der politische Sinn des Geschehens ist weggeschliffen und wird nicht einmal erwähnt. Alles zielt auf das abschließende krönende Kapitel des seinerzeit beliebten Buches: auf „Schleswig-Holsteins Befreiung“, nämlich jener durch Preußen.

Anmerkungen

1. In der schleswig-holsteinischen Malerei nehmen die Darstellungen der Kriege von 1848 und 1864 einen besonderen Rang ein. Ulrich Schulte-Wülwer: Schleswig-Holstein in der Malerei des 19. Jahrhunderts. Heide 1980, widmet von seinen 43 gebotenen Abbildungen alleine sechs den Kriegs-Ereignissen, vgl. auch ebd. S. 17-21. - Für die zeitgenössische bildliche Überlieferung liegen auf dänischer Seite vor Jörgen Paulsen: Billederfratrearskrigen. København 1952; auf deutscher Seite Annette Talanow: Die Schleswig-holsteinische Erhebung 1848-50 in zeitgenössischen Bildern deutscher Künstler. Magisterarbeit Univ. Kiel 1981. Talanow erfaßt nur einen kleinen

- Bruchteil des Überlieferten, Paulsen alle seinerzeit greifbaren Darstellungen.
2. Zu Bleibtreu vgl. Oskar Fischei in: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 47. Berlin 1903, S. 19-22, mit Lit. - Neuere Untersuchungen zum Maler liegen nicht vor.
 3. Die beste Darstellung der Frühzeit des Malers gibt Heinrich von Orelli: Charakteristiken zur Kulturgeschichte der Gegenwart. Erstes Heft. Die vaterländische Richtung in der Kunst und schönen Literatur unserer Zeit, mit Bezug auf Scherenberg und Bleibtreu. Berlin 1860.
 4. Vgl. Wolfgang Hütt: Die Düsseldorfer Malerschule. 1819-1869. Leipzig 1984, bes. S. 198 ff. - Bleibtreu findet bei Hütt jedoch keine Erwähnung.
 5. Vgl. Eberhardt Schwalm: Volksbewaffnung 1848-1850 in Schleswig-Holstein. Neumünster 1961 (=Quellen und Forschungen. Bd. 43), S. 138-149.
 6. Vgl. E. Schwalm (wie Anm.5), S.I 16-125. Die Niederlage der Studenten und Turner ist nur ein Teil des sog. Treffens bei Bau, vgl. hierzu Heinrich Hansen: Das Gefecht in der Flensburger Neustadt am 9. April 1848. In: Die Heimat 20, 1910, S.78-83. Die Darlegungen bieten eine Rekonstruktion der Ereignisse.
 7. Zit. nach E. Schwalm (wie Anm. 5), S. 144.
 8. Ludwig Pietsch: Georg Bleibtreu. In: Vossische Zeitung v. 19. Okt. 1892
 9. Vgl. Max Schasler: Die Berliner Kunst-Ausstellung von 1852. Berlin 1852, S. 71 f. - Die Kritik Schaslars erschien vorher in der Vossischen Zeitung.
 10. L. Pietsch (wie Anm. 8)
 11. Zur verlegerischen Tätigkeit Franz Dunckers vgl. Inge Schliebe: Franz Duncker, ein Verleger von Marx und Engels. In: Beiträge zur Geschichte des Buchwesens 8, 1980, S. 9[^]13.
 12. Zit. nach Altonaer Mercur Nr. 23 v. 26. Jan. 1862.
 13. Vgl. auch Dieter Lohmeier: Theodor Storm und die Politik. In: Grenzfriedenshefte Jg. 1988, S. 240-252.
 14. Blätter der Freundschaft. Aus dem Briefwechsel zwischen Theodor Storm und Ludwig Pietsch. Mitgeteilt von Volquart Pauls. Heide 1939, S. 71. - Einen weiteren Brief richtete Storm in derselben Sache an Pietsch am 20. Febr. 1862, vgl. ebd. S. 74. - Zu erwähnen ist ein Brief Storms an die Eltern v. 31. Jan. 1862, der ausführlich auf den Steindruck eingeht, vgl. Theodor Storms Briefe in die Heimat aus den Jahren 1853—1864, hrsg. von Gertrud Storm. Berlin 1907, S. 174—177, bes. S. 176 f.
 15. Zit. nach Jan Siefke Kunstreich: Anton von Werners Aulabilder von 1870. In: Mitteilungen der Kieler Gelehrtenschule. Heft 32, 1963, S. 60-66, hier S. 62.
 16. Anton von Werner: Erlebnisse und Eindrücke 1870-1890. Berlin 1914.
 17. Über Bleibtreus zögernde Anerkennung Bismarcks und seiner Einigungspolitik in diesen Jahren unterrichtet gut der Sohn Karl Bleibtreu: Aus Georg Bleibtreus Leben und Wirken. In: Moderne Kunst 9, 1894/95, S. 365-368. - Über Bleibtreus Werke in dieser Zeit vgl. Karl Pietschker: Georg Bleibtreu, der Maler des neuen deutschen Kaiserreichs. Cöthen 1876.
 18. Zit. nach Die Heimat 19, 1909, S. 26.
 19. Vgl. Kunst-Salon von Amsler und Ruthardt Jg. 1892/93, S. 102 Nr. 427.
 20. Vgl. Hinrich Ewald Hoff: Schleswig-Holsteinische Heimatgeschichte. Zweiter Band. Vom Jahre 1460 bis zur Gegenwart. Kiel und Leipzig 1911, S. 532 ff.

Artur Thomsen zum 65. Geburtstag

Wer Artur Thomsen, unserem Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes, persönlich gegenübertritt, glaubt nicht, daß er es mit einem Pensionär zu tun hat, der am 15. September d. J. seinen 65. Geburtstag gefeiert hat. Die Feststellung, daß es sich um einen Pensionär handelt, gilt aber auch nur für seine bisherige hauptberufliche Tätigkeit als Rektor der ehemaligen Nikolai-Schule. Die Ehrenämter, die Artur Thomsen teilweise seit vielen Jahren ausübt, nimmt er größtenteils nach wie vor wahr. Nach seiner kommunalpolitischen Tätigkeit in Flensburg, er gehörte 12 Jahre der Ratsversammlung an und war von 1970 bis 1974 Stadtpräsident, widmet sich Artur Thomsen verstärkt der Grenzfriedensarbeit. Er trat 1959 unserem Grenzfriedensbund bei und ist seit 1973 Vorstandsmitglied und seit Mai 1977 1. Vorsitzender. Seine Auffassung zum deutsch-dänischen Verhältnis und zur Grenzlandpolitik hat Artur Thomsen in vielen Veröffentlichungen in unseren Grenzfriedensheften dargelegt, deren Redaktion er auch angehört. Diese Veröffentlichungen geben Zeugnis von einem engagierten Sozialdemokraten, der sich eindeutig zum deutschen Volkstum bekennt und dabei aber erkannt hat, daß ein friedliches Miteinander der verschiedenen Völker in einem vereinigten Europa nur möglich ist, wenn die gute Nachbarschaft getragen wird von der Erkenntnis, daß das „Anderssein“ des Nachbarn toleriert und respektiert werden muß.

Die Persönlichkeit Artur Thomsens wird immer geprägt durch seine Ehrlichkeit, Gradlinigkeit und Offenheit. Er besitzt die Fähigkeit, in einer verständlichen, klaren Sprache das zu sagen, was er denkt, und dabei merkt man, daß er das denkt, was er sagt. Obwohl er persönlich stets klare Positionen bezieht, hat er die Fähigkeit zum Ausgleich und zur Verständigung.

Artur Thomsens klare und deutliche Position – und deren offene Darlegung – sind nicht zu jeder Zeit von den dänischen Verbänden und Organisationen verstanden worden. Es gab Irritationen, ja auch Anfeindungen, aber Artur Thomsen blieb sich selbst treu. Er steht zu seiner Meinung, Opportunismus ist nicht seine Sache.

Dies wird auch in der jüngsten, nicht zuletzt von ihm initiierten Debatte um die Rückkehr des „Idstedt-Löwen“ nach Flensburg deutlich. Jetzt fühlen sich deutsche Grenzverbände mit seiner Auffassung konfrontiert.

Im Grenzfriedensheft Nr. 3/September 1989 hat Artur Thomsen einen Artikel über seine „Kindheit und Jugend im Zweiten Weltkrieg“ veröffentlicht. Dieser Artikel hat mich persönlich tief beeindruckt. Er dokumentiert auf für mich einmalige Art und Weise die Fähigkeit des Verfassers, sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen und ist ein Zeichen seiner Ehrlichkeit. In diesem Artikel ist

u. a. nachzulesen, daß Artur Thomsen für sich persönlich die Einsicht gewann, „daß das Recht und die Würde des Menschen vor der Staatsmacht rangiert. Damit fängt die Demokratie für mich an.“ Diese Grundeinsicht Artur Thomsens wird auch gerade heute sichtbar, wenn man mit ihm über die Fragen des Asylrechts und des Aufenthaltes der Ausländer in unserem Land spricht. Nicht nur der Grenzfriedensbund macht sich die Fähigkeiten Artur Thomsens zunutze. In der evangelischen Kirche und in den Vorständen der Grenzverbände hat er lange Jahre aktiv mitgearbeitet.

Als stellv. Verwaltungsratsvorsitzender der Stadtparkasse Flensburg und – seit 10 Jahren – auch der Wohnungsbaugenossenschaft Selbsthilfe-Bauverein e.g. Flensburg beschäftigt er sich intensiv mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Region. Auch in diesen Funktionen sind seine Kompetenz und sein Rat gefragt. Artur Thomsen ist 65. Die Schule konnte ihn pensionieren. Er wird aber noch gebraucht als Ehemann, als Vater und Großvater, als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes, als Aufsichtsratsvorsitzender und Verwaltungsratsmitglied, als Mensch und Ratgeber und als unverzichtbarer Wächter des Grenzfriedens.
Helmut Schumann

Mehr Mitbestimmung intern und mehr Öffnung nach außen

Jahreshauptversammlung des Südschleswigschen Vereins (SSV) in Husum

Husum (SPT): Auf der am Sonnabend, den 31. Oktober, im Husumhus in Husum stattgefundenen Jahreshauptversammlung des Südschleswigschen Vereins (SSV) mit Vertretern der über 130 Untergliederungen des Vereins aus dem ganzen Landesteil sowie Vertretern der Geschwisterorganisationen und befreundeter Organisationen aus Dänemark plus dem Grenzlandbeauftragten der Landesregierung, Kurt Schulz, Eckernförde, unterstrich der Vorsitzende, Rektor Heinrich Schultz, Garding, daß der SSV im ersten Jahr mit seiner neuen Satzung nur positive Erfahrungen mit mehr Demokratie, dank einer Verteilung der Arbeit und der Verantwortung auf eine breitere Basis, gemacht hat.

Heinrich Schultz unterstrich, daß es aber noch eines weiteren Lernprozesses zu bedürfen scheint, da die Mitglieder an den prinzipiell öffentlichen Hauptvorstandssitzungen noch nicht in den erwarteten Scharen erscheinen.

An der Basis des SSV liege aber neuerdings einiges im Argen, meinte der Vorsitzende. Daher habe man einen Ausschuß benannt, der versuchen soll, neue Wege aufzuzeichnen, um neue Aktivitäten, Inhalte und Qualitäten für die zukünftige Arbeit zu erfassen. Erfreut zeigte sich der SSV-Vorsitzende darüber, daß es dank der großzügigen Hilfe der Gemeinde Harrislee und des Landes gelungen ist, eine 1,5 Mill. Mark teure Multifunktionshalle an der dänischen Schule

in Harrislee in Angriff zu nehmen.

Daß es immer noch nicht gelungen ist, ein klares Ja oder Nein für ein weiteres Projekt, das Mitbürgerhaus in Eckernförde, von seiten des Landes und des Kreises Rendsburg/Eckernförde zu bekommen, empfand der SSV-Vorsitzende als bedauerlich.

Auch den Aufbau einer kommunalen dänischen Musikschule in Flensburg nannte der SSV-Vorsitzende Heinrich Schultz in seinem Rechenschaftsbericht. Schon längst hätte ein solcher Zweig arbeiten können und müssen, und er dankte den Eltern der musikinteressierten Kinder für ihre Geduld. Aber es fehlt der Stadt Flensburg an Mitteln, um den Empfehlungen ihres Kulturausschusses entsprechen zu können. Es ist nicht Sinn der Sache, so der Vorsitzende Heinrich Schultz, die der Stadt fehlenden Mittel aus den Globalbezügen des Landes für die Minderheit zu entnehmen. Man hat mit der Stadt nützliche Gespräche geführt. Aber man kommt im Moment nicht von der Stelle.

Die Zentralverwaltung und die Außenstellen des Südschleswigschen Vereins sind im Laufe des letzten Jahres alle mit EDV ausgerüstet worden und in ein Netzwerk verknüpft worden. Die mit dem Südschleswigschen Verein zusammenarbeitenden Nationalen Friesen haben den SSV gebeten, so Heinrich Schultz, eine Stelle als Wanderlehrer für die Friesen einzurichten. Aufgrund der allgemeinen Finanzknappheit hat der Südschleswigsche Verein diesem Wunsch leider nicht entsprechen können, so Schultz.

Den Sparmaßnahmen, die man von Dänemark auferlegt bekommt – 2% pro Jahr – möchte man vom SSV gern entsprechen. Bedauerlicherweise ist die Lohnentwicklung in der Bundesrepublik sowie die Inflationsrate soviel höher als in Dänemark, daß die dänischen Organisationen und Institutionen im Landesteil Schleswig dermaßen benachteiligt sind, daß Substanzverlust zu befürchten ist, ließ Schultz durchschimmern.

Eine Aktion von seiten des bewilligenden 5-Männer-Ausschusses aus Kopenhagen gegenüber dem dänischen Ministerpräsidenten, die Minderheit von der 2%igen Sparaufgabe auszunehmen, wurde von Regierungschef Poul Schlüter nicht angenommen, sagte der SSV-Vorsitzende Heinrich Schultz.

Die Kontakte nach Dänemark bezeichnete der SSV-Vorsitzende als wertvoll und notwendig. Besonders hob Heinrich Schultz die Kontakte zum Graenseforeningen, dem dänischen Grenzverein mit Sitz in Kopenhagen, und allen Untergliederungen sowie den annähernd 45.000 Mitgliedern hervor. Es wäre müßig, jeden einzelnen Kontakt zu nennen, so Schultz; denn ihre Zahl ist einfach zu groß. Die Kontakte zu den politischen Parteien Dänemarks könnten jedoch besser sein, räumte Schultz ein. Besonders die Kontakte zur neuen Generation dänischer Politiker. Aber man ist von seiten des SSV bestrebt, diesen Zustand schleunigst zu beenden.

Jegliche Informationsarbeit nördlich und südlich der Grenze ist ein Muß, so Heinrich Schultz.

Das Verhältnis zu den „deutschen Nachbarn“ bezeichnete der SSV-Vorsitzende als offener denn je. Die gefühlsbetonte Diskussion um die eventuelle Rückkehr des Idstedter Löwen habe gezeigt, daß die positiven Ansätze gutnachbarschaftlicher Beziehungen unbedingt von ernsten und qualifizierten Gesprächen begleitet werden müssen, so Schultz.

Der SSV nutze daher jede Chance, sich mit beispielsweise den deutschen Grenzvereinen auseinanderzusetzen. Er – Schultz – gehe davon aus, daß jeder, SSV und beispielsweise SHHB, zum Ziel habe, Verständigung im Grenzland zu erreichen und Respekt vor der Meinung des anderen zu haben.

Als vollen Erfolg wertete der SSV-Vorsitzende Heinrich Schultz den ersten offiziellen Besuch der Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave beim Südschleswigschen Verein am 1. Oktober. Der Besuch diene ausschließlich der gegenseitigen Information und dem gegenseitigen Kennenlernen. Die Landtagspräsidentin sagte zu, daß sie im Dezember zu einem Minderheiten-Gipfel nach Kiel einladen werde, und zwar Vertreter der Minderheiten, Politiker und Wissenschaftler.

Heinrich Schultz unterstrich die Übereinstimmung zwischen SSV, dem kulturellen Verein, und SSW, der politischen Partei, in der Frage der Absicherung der Minderheitenrechte im neu zu erarbeitenden Grundgesetz. Eine bloße Absichtserklärung zur Kenntnisnahme der Minderheiten reiche nicht, so Schultz. Es müßten schon Garantien auf den Tisch – und das jetzt, wo Bonn in Sachen Minderheitenpolitik und Schutz der deutschen Minderheiten im Ausland vorpresche.

Schultz schloß seine Ausführungen auf der Jahreshauptversammlung des Südschleswigschen Vereins mit einem Hinweis darauf, daß der SSV zusammen mit dem Bund deutscher Nordschleswiger und den Nationalen Friesen im Herbst 1994 die Schleswig-Holsteinischen Kulturtag durchzuführen werde.

Südschleswigscher Pressedienst,

31.10.1992

Gemeinsame Hochschul-Förderung

Deutsch-dänische Gesellschaft nahm Arbeit auf

Die Hochschulen in Flensburg und Sonderburg sollen künftig in deutsch-dänischer Gemeinschaftsarbeit gefördert werden. Diese Aufgabe hat sich die neue „Gesellschaft zur Förderung der Hochschulen in der deutsch-dänischen Grenzregion“ gestellt, die von deutschen und dänischen kommunalen

Körperschaften, den Hochschulen in Flensburg und Sonderburg sowie deutschen und dänischen Wirtschaftsvertretern getragen wird.

Die neue Gesellschaft setzt die Arbeit der bisherigen rein deutschen „Gesellschaft zur Förderung des Hochschulstandortes Flensburg“ fort, die über 20 Jahre von Dr. Hans-Adolf Rossen geführt wurde. Der erste Impuls zur Gründung der neuen grenzüberschreitenden Gesellschaft kam vom Flensburger Oberbürgermeister Dielewicz. Zu ihrem Vorsitzenden wurde auf der ersten Mitgliederversammlung Werner Barth, Mitglied der Geschäftsleitung der Firma Dethleffsen, gewählt. Der stellvertretende Vorsitzende ist Kresten Philippsen, Amtsbürgermeister von Sønderjylland.

Die neue Gesellschaft kann ihre Arbeit auf der Basis von rund 8000 Studenten beginnen, die an den drei Hochschulen in Sonderburg und Flensburg studieren. Die letzten Anstöße zur Gründung der deutsch-dänischen Gesellschaft gab die Einrichtung des deutsch-dänischen Studienganges „Betriebliche Bildung und Management“ zum Wintersemester 1992/93 und die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes zur Jahreswende. Die neue Gesellschaft verstärkt die deutsch-dänische Zusammenarbeit, die bereits auf Verwaltungsebene und im Bereich der Wirtschaft (Wirtschaftsforum) begonnen wurde.

Für die alte Gesellschaft zur Förderung des Hochschulstandortes Flensburg hatte sich zuletzt die Existenzfrage gestellt. Das ursprüngliche Ziel, die Gründung einer Technischen Hochschule in Flensburg, konnte nicht erreicht werden. Demgegenüber weist der neue deutsch-dänische Studiengang in eine innovative Richtung, die unbedingt gefördert werden muß. Der neuen Gesellschaft gehören anfangs knapp 100 Mitglieder an. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, weitere Mitglieder aus den Kreisen der deutsch-dänischen Wirtschaft zu gewinnen, um wirksame Arbeit leisten zu können.

Flensburger Tageblatt, 31.10.1992

„Forderung nach Minderheitenrechten im Grundgesetz lautstark vertreten“
Schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave mahnt Konkretisierung der Pläne für ein Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen an

KÖLN. Schleswig-holsteinische Landtags-, deutsche Bundestagsabgeordnete sowie Vertreter der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig sowie der Sorben in Brandenburg und Sachsen wollen ihre „Forderung“ nach Aufnahme von Minderheitenrechten im künftigen Grundgesetz „noch einmal lautstark vertreten“. Das soll auf einem „kleinen Minderheitengipfel im Dezember“ erfolgen, hat die schleswig-

holsteinische Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave (SPD), Kiel, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (DLF), Köln, angekündigt.

Der derzeitige Verfassungsstand „kann uns überhaupt nicht befriedigen“, sagte Erdsiek-Rave und verwies in dem Gespräch mit DLF-Journalistin Anni Lander-Laszig, Kiel, darauf, daß im neuen Grundgesetz wie in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung von 1990 „die aktive Verpflichtung zum Schutz und zur Förderung der Minderheiten“ enthalten sein müsse.

Eine zweite noch ungelöste Frage sei die Errichtung eines Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (EZM) im Grenzland. „Dafür gilt es auch noch einiges zu tun“, sagte die Landtagspräsidentin. „Ich bin zuversichtlich, daß es etwas wird. Es ist nur die Frage, in welchem Umfang, in welcher Größenordnung. Da muß man noch drum streiten, da geht es dann irgendwann um Geld. Aber erst einmal muß der gemeinsame Wille, der da ist, jetzt auch irgendwo konkret werden.“

Im Blick auf die Bundestagsparteien gehe „insgesamt Minderheitenpolitik schwierigen Zeiten entgegen“, meinte die Politikerin. Dies hänge mit einer politischen Entwicklung zu einer Radikalisierung zu Positionen zusammen, der man gegenhalten müsse. Erdsiek-Rave nannte in diesem Zusammenhang Angriffe auf ausländische – darunter dänische – Bauarbeiter in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn man dies fortspinne, müsse man mit Übergriffen oder Aggressionen rechnen, denen gegenzuhalten sei. Hierbei seien die Minderheiten Bündnispartner, nicht zuletzt aus eigenen leidvollen Erfahrungen heraus.

Die Landtagspräsidentin sprach sich im DLF-Interview zudem für eine Weiterführung und einen Ausbau der grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Zusammenarbeit aus. „Ich finde, da ist einiges in Gang gekommen in der letzten Zeit. Die Bürgermeisterkonferenz zum Beispiel war etwas sehr Positives. Ich glaube, da gibt es viele positive Entwicklungen. Sie sind vielleicht nicht immer so spektakulär, aber es hat sich eine stabile Struktur von Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark auch gerade im Grenzland entwickelt. Das gilt es, weiter auszubauen. Was ich dazu auf meinem Feld tun kann, tue ich, glaube ich. Aber man muß immer wieder dafür werben, daß das noch weitergeht und ausgebaut wird.“

Nordschleswiger, 7.11.1992

Kontakte zwischen Regionen beiderseits der Grenze begrüßt

Seit 1990 fließen 17 Millionen EG-Mittel

APENRADE/SCHLESWIG. Schleswig-Holsteins Europaminister Gerd Walter hat gestern nach einem Treffen mit Amtsbürgermeister Kresten Philipsen vom dänischen Amt Sønderjylland in Apenrade ausdrücklich begrüßt, daß neben den

Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland auch andere Regionen des Bundeslandes enge Kontakte zu dänischen Gebietskörperschaften aufnehmen. Der Minister brachte gleichzeitig zum Ausdruck, daß die erweiterten Beziehungen zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Regionen nicht zu Lasten der bisherigen Zusammenarbeit gehen werden. Neben den nördlichsten Kreisen des Bundeslandes hat der Kreis Ostholstein eine enge Zusammenarbeit mit dem dänischen Amt Storstrøm eingeleitet.

Von den seit 1990 von der EG bereitgestellten 17 Millionen Mark für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Kreisen sind 16 Millionen Mark in den Bereich der gemeinsamen Landgrenze geflossen. Minister Walter verwies darauf, daß die konkrete Zusammenarbeit im nördlichen Teil des Bundeslandes durch die unmittelbare Nachbarschaft einen natürlichen Vorteil habe.

Amtsbürgermeister Kresten Philipsen und Minister Gerd Walter vertraten nach ihren Gesprächen die Auffassung, die bisherige Zusammenarbeit solle ausgebaut und erweitert werden. Die bisher eingeleiteten Projekte werden im Rahmen des Interreg-Programmes weitgehend von der EG finanziert. Auf einem Treffen im Dezember in Kiel sollen weitere konkrete Projekte beraten werden. Gleichzeitig soll der Blick auf 1994 gerichtet werden, wenn die Europäische Gemeinschaft ein zweites Interreg-Programm für grenzüberschreitende Projekte in Europa auflegen will.

Flensburger Tageblatt, 24.10.1992

Deutsch-dänische Zusammenarbeit

SCHLESWIG. Rund 110 sogenannte Wirtschaftsjunoren aus der deutsch-dänischen Grenzregion haben gestern im Schloß Gottorf in Schleswig ein Partnerschaftsabkommen geschlossen mit dem Ziel, gemeinsam die wirtschaftliche Attraktivität dieses Raumes zu stärken. Die Regionalpartnerschaft soll „europäisches und internationales Bewußtsein durch die Begegnung miteinander sowie den Gedankenaustausch über Wirtschaft, Lebensverhältnisse und Denkweisen fördern“, sagte die Vorsitzende des Schleswiger Verbandes der Wirtschaftsjunoren Deutschland (WJD), Ingeborg Adrian-Mundt. Das deutsch-dänische „Twinning“-Abkommen trägt die Bezeichnung „Euro Region“. Es ist eine von insgesamt 133 ähnlichen internationalen Partnerschaften, die die insgesamt 190 WJD-Mitgliedskreise unterhalten.

Flensburger Tageblatt, 21.11.1992

Aufarbeitung des ganzen Komplexes Gedenkstätten und Denkmale sinnvoll

Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave: Idstedt-Löwe ein Beweis für alte Ressentiments

APENRADE. Für eine gemeinsame deutsch-dänische Aufarbeitung des Komplexes Gedenkstätten und Denkmale im Grenzland hat sich die schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave ausgesprochen. Eine solche Aufarbeitung solle „nicht von den Vertretern der Minderheiten selbst“ erfolgen, sondern „vielleicht an eine Gruppe von Fachleuten“ delegiert werden, die „nicht irgendwo politische Rücksichten nehmen“, sondern auch die Geschichte des jeweiligen Denkmals herausarbeiten, erklärte Erdsiek-Rave in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (DLF), Köln.

Angesichts des Aufkommens eines neuen Nationalismus „will ich es aber nicht überbewerten“, aber der Idstedt-Löwe „ist ein bißchen ein Beispiel dafür, wie schnell alte Ressentiments wieder hochkommen können und daß alte Aufgeregtheiten und Unsicherheiten – wenn die politischen Umstände so sind – auf einmal wieder da sind.

Insofern ist der Idstedt-Löwe auch ein bißchen ein Symbol dafür, daß das passieren kann“.

Durch die Diskussion um eine Aufstellung der Löwenstatue in Flensburg zwischen Juli und September d. J. sei „das gute Verhältnis und die gute Nachbarschaft im Grenzland nicht wirklich gestört worden“. Es seien einzelne Stimmen gewesen, „die so zugespitzt auch die Stimmung aufgeheizt haben“, meinte die Landtagspräsidentin im Gespräch mit DLF-Mitarbeiterin Anni Lander-Laszig. „Aber daß es überhaupt soweit kommen konnte, ist natürlich ein schlechtes Zeichen.“

Eine gemeinsame deutsch-dänische Arbeitsgruppe zum Komplex Gedenkstätten und Denkmale könne diese Fragen „öffentlich und sachlich diskutieren“. Erdsiek-Rave: „Das würde ich mir eigentlich wünschen, denn dazu müßten wir eigentlich fähig sein. Man sollte jetzt nicht sagen: Schwamm drüber, wir vergessen das ganze mal wieder.“

Nordschleswiger, 14.11.1992

Nur ein multilateral eingebundenes Deutschland gibt Dänemark Sicherheit
*Die vertraglich vereinbarte Europäische Union ist die logische Fortsetzung der EG.
Auszug aus einem Vortrag des dänischen Botschafters in Deutschland, Knud Erik Tygesen, Bonn*

NYBORG STRAND. Nur ein in multilaterale Verträge eingebundenes Deutschland – wie es die Bundesrepublik als glaubwürdiger Partner in der europäischen und transatlantischen Zusammenarbeit darstelle – könne Dänemark auf Dauer Sicherheit geben. Dabei sei die angestrebte Europäische Union eine logische Fortsetzung der EG, hat der dänische Botschafter in Deutschland, Knud Erik Tygesen, Bonn, in einem Vortrag vor einer Versammlung des „Dansk Landbrugs Realkreditfond“ in Nyborg Strand unterstrichen. Bei der Einbindung Deutschlands in ein Geflecht internationaler – zuvorderst europäischer – Zusammenarbeit „müssen wir anderen unseren richtigen Zeitpunkt kennen“, mahnte Tygesen, bevor eine neue Generation deutscher Politiker womöglich andere Wege gehe. Tygesen sagte u. a.:

„Jahrhundertlang sprach man von China als dem Reich der Mitte. Die Staaten um China herum erkannten, daß sie in Chinas Einflußsphäre lagen, und dies wurde dadurch symbolisiert, daß die Herrscher dieser Länder von Zeit zu Zeit nach Peking reisten und ihren Kotau machten.

Mit der Einheit Deutschlands und dem Ende der Teilung Europas ist auch Deutschland wieder zu einem Land in der Mitte geworden – in der Mitte Europas. Ich will nicht sagen, daß die Regierungschefs der Nachbarstaaten Kniefälle in Bonn machen, aber selbst in unserer multilateralisierten Welt war es auffällig, daß die deutsche Einheit ein Aufblühen des Interesses der Nachbarstaaten mit sich gebracht hat, sich gute bilaterale Beziehungen zu Deutschland zu sichern.

Darin liegt nichts Unnatürliches, aber wenn dies so festgestellt wird, muß hinzugefügt werden, daß Dänemark ein entscheidendes Interesse am Erhalt des multilateralen Systems hat, in dem wir Partner mit Deutschland sind, d. h. EG, NATO, KSZE, Europarat, OECD, Gatt usw. Es gibt in unserer Geschichte schmerzliche Beispiele, daß es sehr schlecht enden kann, wenn wir unserem deutschen Nachbarn allein gegenüberstehen.

Unsere Erfahrungen mit Deutschland im Jahre 1864 und aus der Besatzungszeit 1940 bis 1945 dürfen nicht in Vergessenheit geraten; sie dürfen aber auch nicht hochgespielt werden. Es ist unbestreitbar, daß wir es mit unserem südlichen Nachbarn nie so gut gehabt haben wie mit der jetzigen Bundesrepublik, wo das Verhältnis in ein multilaterales System eingebunden ist, das in Europa und über den Atlantik hinweg nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde.

Auch in diesen Tagen ist es daher sinnvoll, sich daran zu erinnern, daß uns die Erfahrungen der letzten 45 Jahre keinen eigentlichen Anlaß geben, daran zu zweifeln, daß die Demokratie in Deutschland endlich eine stabile Verankerung gefunden hat. Daher tun wir in Dänemark klug daran, die Dinge in der richtigen Größenordnung zu betrachten, bevor wir uns zu feste Meinungen beispielsweise über die Schwierigkeiten bilden, in denen sich Deutschland gerade jetzt aufgrund

des Zustroms von Asylbewerbern befindet.

Lassen Sie mich nur erwähnen, daß von der Gesamtzahl der Asylbewerber, die in die EG kommen, in diesem Jahr 60 Prozent nach Deutschland kommen. Insgesamt werden in diesem Jahr vermutlich eine halbe Million Asylbewerber eintreffen. Teilt man sie nach der Größe der Bevölkerung, würde dem entsprechen, daß wir in Dänemark in diesem Jahr 50.000 bis 60.000 Asylbewerber aufnehmen müßten. Und diese Zahl muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß Deutschland auch in früheren Jahren vielen Aufenthalt gewährt hat.

Andererseits ist es klar – und das wissen die Deutschen –, daß bei Übergriffen und Gewalt gegen Andersaussehende Deutschland aufgrund seiner Geschichte mit besonders kritischen Augen betrachtet wird. Sowohl die Bundesregierung in Bonn als auch die Landesregierungen haben Abstand von Ereignissen jener Art genommen, wie sie die Stadt Rostock kürzlich unrühmlich bekannt gemacht haben. Wir haben keinen Grund daran zu zweifeln, daß die Regierungen ihre Abstandnahme ebenso ernst meinen wie wir. (...)

Für Deutschland sind die Verträge von Maastricht die Antwort des gesamten Europas auf die Entwicklung, die wir erlebt haben, und jene, die wir auf unserem alten Kontinent erwarten können. Daher legt Deutschland ein so entscheidendes Gewicht sowohl auf eine eigentliche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Säule zwei) sowie auf die Durchführung einer effektiven rechtlichen Zusammenarbeit und eine Zusammenarbeit in Innerer Sicherheit (Säule drei). Die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit soll nicht die Wirtschafts- und Währungsunion allein ergänzen. Sie soll nach deutscher Auffassung zu einem effektiven Instrument gegen neue Unruhen in Europa ausgebaut werden.

Die Kohle- und Stahlunion und später die EG wählten wirtschaftliche Mittel, aber das ändert nichts daran, daß ihre Ziele politisch waren und sind: zu verhindern, daß die Völker Europas erneut gegeneinander in einen Krieg geraten. Die Europäische Union ist in den EG-Verträgen nicht nur vorgesehen – sie ist die logische Fortsetzung. Die Säule drei, der wir gegenüber ja auch in Dänemark gewisse Vorbehalte haben, ist nach deutscher Auffassung ebenfalls eine Notwendigkeit; und es gibt keinen Zweifel, daß die Deutschen hier davon geprägt sind, daß sie in einem Bundesstaat leben. In Deutschland hat man daher schon längst erkannt, daß die polizeiliche Verfolgung zum Beispiel eines betrunkenen Autofahrers oder eines Einbrechers nicht aufhören kann, weil der Verbrecher beispielsweise die Landesgrenze zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen überschreitet. Entsprechend meint man heute, daß ein effektiver Polizeieinsatz über die Staatsgrenzen hinweg zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wie nach Art der Mafia, Geldwäsche oder Drogenhandel sichergestellt sein muß. Ebenso sieht man es als dringend notwendig an, daß die europäischen Staaten eine gemeinsame und einheitliche Asylpolitik erreichen.

Die Europäische Union ist für Deutschland das Kernstück der europäischen Zusammenarbeit, und man ist zu weiten Zugeständnissen bereit, um seine Wünsche nach einer Union erfüllt zu erhalten. Das Ziel sind Europas Vereinigte Staaten. (...)

Auch in Deutschland sind die Maastrichter Verträge nicht unumstritten. Besonders geht die Angst um, die Deutsche Mark zu verlieren. Deutschland widersetzte sich in Maastricht der Annahme einer generellen Ausschlußklausel in der dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion. Weil Deutschland nicht wie Dänemark (und England) über ein besonderes Protokoll verfügt, ist es verpflichtet, in die dritte Phase einzutreten, wenn die gestellten Bedingungen erfüllt sind.

Die jüngste Debatte in Deutschland hat jedoch gezeigt, daß von einem Eintritt in die dritte Phase kaum die Rede sein kann, ohne daß dies von einem Beschluß des Bundestages unterstützt wird. Es ist heute zwecklos, darüber zu spekulieren, was geschehen wird, wenn dieser Beschluß darauf hinausläuft, daß Deutschland nicht eintreten will, selbst wenn es dies könnte. Andererseits ist es sicher, daß sowohl die Verträge in diesem Jahr ratifiziert werden und bis zum 1. Januar 1999 – ich gehe davon aus, daß der 1. Januar 1997 als Beginn der dritten Phase nicht aktuell werden wird – in Deutschland von seiten der Regierung eine enorme Arbeit geleistet werden wird, um die Bevölkerung zu beruhigen und zu überzeugen.

Deutschland wünscht schnellstmöglich eine Erweiterung der EG um die EFTA-Staaten, die einen Mitgliedsantrag gestellt haben, d. h. Österreich, Schweden, Finnland und die Schweiz. Sollte Norwegen es auch schaffen, in diese Verhandlungsrunde zu kommen, wird man dies in Deutschland begrüßen. In Maastricht wurde ja beschlossen, daß Erweiterungsverhandlungen formal nicht beginnen können, bevor die Verträge in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert sind und bevor eine Einigung über die künftigen EG-Finzen erreicht ist – dies pflegen wir als Delors-II-Paket zu bezeichnen. Sollte dieser Beschluß beibehalten werden, wird es allein die fehlende Ratifizierung Dänemarks unmöglich machen, Verhandlungen mit den EFTA-Staaten zu beginnen, so wie wir sie mit unserem Vorsitz wünschen, der am 1. Januar 1993 beginnt. Auch eine Finanzierungsreform wird bis zu diesem Zeitpunkt vermutlich nicht vereinbart sein. Wir wünschen daher eine Lockerung der Zusammenbindung von Ratifizierung und Finanzierung, und Deutschland unterstützt uns in diesem Wunsch. Aber Vorsicht vor einem Irrtum: Andere Staaten haben gerade entgegengesetzte Wünsche. Die erste Erweiterungsrunde wird nur aus EFTA-Staaten bestehen. Aber Deutschland legt ebenso wie Dänemark entscheidendes Gewicht darauf, daß Staaten wie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei (die in Kürze aus zwei Staaten bestehen wird) so eng wie möglich an die Gemeinschaft gebunden werden, mit einer Perspektive auf Mitgliedschaft, sobald ihre Volkswirtschaften imstande sind, diese Lasten zu tragen. Lassen Sie mich der Ordnung halber hinzufügen, daß Deutschland es als

absurd betrachten würde, wenn Dänemark, das seit 1973 Mitglied ist und das somit schon heute alle Bedingungen zum Eintritt in die dritte Phase der Wirtschafts- und Währungsunion erfüllt, auf dem Wege aus der europäischen Zusammenarbeit wäre – zu einem Zeitpunkt, wo Schweden, Finnland und vielleicht auch Norwegen auf dem Wege hinein sind. Deutschland wünscht Dänemark in der Zusammenarbeit festzuhalten und ist bereit, uns innerhalb jener Grenzen zu helfen, die die innere Politik in Deutschland setzt. Die öffentliche Debatte in Dänemark vermittelt manchmal den Eindruck, als ob nur Dänemark eine beschwerliche innenpolitische Situation habe. Es lohnt sich, daran zu erinnern, wenn wir unsere Möglichkeiten einschätzen wollen, daß alle Länder eine Innenpolitik haben, die sie auf dieselbe Weise betrachten wie wir unsere dänische. Es ist wichtig, daß wir in den kommenden Monaten die Kulissen der Wirklichkeit auf der Bühne haben und nicht die selbstgebauten Wunschkulissen.

Mit diesen Ausführungen möchte ich ein Bild von Deutschland als einem stark engagierten und glaubwürdigen Partner in der europäischen und transatlantischen Zusammenarbeit gezeichnet haben. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß Deutschland diese Einstellung hat. Es liegt in unserem Interesse, daß Deutschland an dieser Zusammenarbeit festhält, so daß wir nicht wieder darauf angewiesen sind, unsere Probleme bilateral zu lösen, sondern daß wir in einem Zustand verbleiben, in dem wir praktisch keine Probleme mit Deutschland haben. Wenn schließlich doch Probleme entstehen sollten, werden sie an den Verhandlungstischen in Brüssel und andernorts gelöst – an Verhandlungstischen, an denen auch andere sitzen. (...)

Für Deutschland stellt es kein Opfer dar, sich in ein Netz internationaler Zusammenarbeit einbinden zu lassen, ganz im Gegenteil. Aber wir anderen müssen unseren richtigen Zeitpunkt kennen. Es ist keineswegs gegeben, daß diese Bereitwilligkeit, eine internationale – zuallererst eine europäische – Zusammenarbeit einzugehen, auch in ebenso weitem Umfang bestehen wird, wenn die nächste Generation deutscher Politiker das Handeln übernimmt – oder die übernächste.“

Nordschleswiger, 21.11.1992

„Vorwarnung für Dänemark“

„Politiken“-Chefredakteur Herbert Pundik: „Deutschland braucht nicht unsere erhobenen Zeigefinger und Warnungen“

KOPENHAGEN. „Weizsäckers Deutschland braucht nicht unsere erhobenen Zeigefinger und Warnungen. Die beste Garantie für die Stabilität der deutschen Demokratie sind die Deutschen selbst“, hat Chefredakteur Herbert Pundik,

„Politiken“, Kopenhagen, unterstrichen.

Die stärkste Kritik an undemokratischen Verhaltensweisen komme von deutschen Politikern und Journalisten, stellt Pundik in seinem Leitartikel über die „deutschen Zustände“ fest, den er vor dem Überfall auf Türken in Mölln schrieb. „Keine Gesellschaft in Europa steht gefährlichen Tendenzen so wachsam gegenüber wie die deutsche. Ab und an erhält man den Eindruck einer Art Selbstbestrafung, einer Überempfindlichkeit gegenüber den Urteilen der Umwelt.“

Berlin und Deutschland seien indessen zum Prügelknaben Europas geworden.

„Wir sind fasziniert von den Aufwallungen an Fremdenhaß. Sie bestätigen unsere Vorurteile über das Deutsche und stellen unsere eigenen Mängel in ein relativ positives Licht. Alles in allem sind wir doch nicht so schlimm wie die Deutschen zu den Fremden, wenn sie Asyl suchen“, schaut Pundik in den Spiegel – und verweist auf die Demonstration in Berlin gegen Fremdenhaß und Rassismus, zu der 300.000 Deutsche kamen, während zu einer entsprechenden gleichzeitigen Demo in Kopenhagen 1.000 Menschen erschienen.

„Deutschland lebt mit seiner Vergangenheit. Wie in einem Trauerprozeß müssen die Deutschen den Verlauf selbst und ohne unser unablässiges Moralisieren bestimmen.“

Das, was Deutschland heute durchläuft, ist eine Vorwarnung der Probleme, mit denen wir in Dänemark in einigen Jahren konfrontiert werden“, meint Pundik.

„Deutschland ist in einem Umstellungsprozeß zu einer multiethnischen Gesellschaft begriffen. Jeder vierte Bürger in Frankfurt ist ein Fremder; und die größte türkische Stadt auf der Welt ist, abgesehen von Ankara und Istanbul, Berlin. 60 Prozent aller Asylbewerber in Europa haben Anträge in Deutschland gestellt. Es vollzieht sich eine sehr schwierige Umstellung in einer Gesellschaft, deren Nationalbegriff bis jetzt auf die Abstammung baute. Ein Wolgarusse, der von Deutschen abstammte, die vor 200 Jahren auswanderten, hat größere Rechte in Deutschland als ein Dichter, der auf deutsch schreibt und in Deutschland als Sohn von Einwanderern aus der Türkei geboren ist.“

Ein solcher Prozeß laufe nicht ohne Zusammenstöße, Übergriffe und tragische Geschehnisse ab, betont Pundik. „Vergleiche Gramm und Gravenstein. Aber Deutschland wagt, wo wir anderen schweigen. Die deutsche Asylgesetzgebung ist die großzügigste der westlichen Welt selbst im Vergleich mit der Einwanderungspolitik der USA.“

Deutschland brauche heute „nicht mehr Generosität gegenüber Fremden, sondern weniger Angst, um zu erkennen, daß jede Gesellschaft eine Toleranzschwelle hat, die in Deutschland zum Schaden sowohl für Deutsche als auch für Fremde gerade durchlöchert wird. Erst wenn wir diesen Punkt in Dänemark erreicht haben, können wir mit Angemessenheit die Verhältnisse in Deutschland kritisieren“.

Nordschleswiger, 28. 11. 1992